

Lokales Handlungsprogramm

für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus

der Landeshauptstadt Dresden

Beschlossene Fassung

Die Erarbeitung dieses Programms wurde mit Haushaltsmitteln der Sächsischen Staatskanzlei, Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“, gefördert.

Inhalt

Vorbemerkung	2
1. Begriffsbestimmung, Situationsanalyse und Problemlage	3
1.1 Politische Situation	4
1.2 Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischen Hintergründen	5
1.2.1 Organisierter Rechtsextremismus	6
1.2.2 Rechtsextreme Subkultur/Einstellungen	7
1.2.3 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierungen.....	8
2. Ressourcen für Demokratie, Solidarität und Toleranz	11
2.1 Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure/Akteurinnen	11
2.2 Öffentliche Verwaltung, Polizei und Justiz	12
2.3 Integrationsarbeit/Flüchtlingsarbeit	13
2.4 Bildungsarbeit, Schule, Kinder- und Jugendhilfe	13
2.5 Soziales und Gleichstellungsarbeit	14
2.6 Wirtschaft und Tourismus.....	14
2.7 Kultur und Medien	15
2.8 Sport.....	15
3. Leitlinien des Lokalen Handlungsprogramms	16
3.1 Für Demokratie, Solidarität und Toleranz in Dresden.....	16
3.2 Für ein weltoffenes und tolerantes Dresden gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung	16
3.3 Für ein friedliches Dresden gegen rechte Gewalt sowie Straftaten	16
3.4 Für ein couragiertes Dresden gegen organisierten Rechtsextremismus und rechte Subkultur	17
3.5 Für Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur in Dresden	17
4. Ziele und Maßnahmen	18
4.1 Ziele und Maßnahmen für Demokratie, Solidarität und Toleranz in Dresden.....	18
4.2 Ziele und Maßnahmen für ein weltoffenes und tolerantes Dresden gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung	19
4.3 Ziele und Maßnahmen für ein friedliches Dresden gegen rechte Gewalt und Straftaten	20
4.4 Für ein couragiertes Dresden gegen organisierten Rechtsextremismus und rechte Subkultur	20
4.5 Ziele und Maßnahmen für Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur	21
4.6 Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms.....	22
4.6.1 Projekte/Maßnahmen und deren Förderung im Lokalen Handlungsprogramm.....	23
4.6.2 Fundierte Situationsanalysen zum Rechtsextremismus.....	23
4.6.3 Ressourcenentwicklung.....	24
4.6.4 Prozessfortschreibung.....	24
5. Ämternetzwerk, Steuerungsgruppe und „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“	26
5.1 Aufbau eines Ämternetzwerkes	26
5.2 Berufung einer Steuerungsgruppe	26
5.3 Aufbau und Arbeit einer „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“	27
6. Das Lokale Handlungsprogramm als Prozess	28
6.1 Diversität und Gender Mainstreaming.....	28
6.2 Controlling und Evaluation	28

Anhang

1 - Übersicht über den Prozess der Erarbeitung des Lokalen Handlungsprogramms

2 - Übersicht über bisher vorliegende Zuarbeiten zur Ressourcenanalyse

Vorbemerkung

„Der lokale Raum ist für die Stärkung von Toleranz und Demokratie von elementarer Bedeutung. Im öffentlichen Raum und in der Nachbarschaft begegnen sich die Menschen gewollt oder ungewollt, hier finden alltäglich Kommunikation und Austausch statt und hier werden gesellschaftliche Konflikte um knappe Ressourcen deutlich. Der Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Organisation der Gesellschaft wird im lokalen Raum unmittelbar erfahren, hier vor allem vollzieht sich gesellschaftlicher und politischer Alltag. Wie tolerant und demokratisch ein Gemeinwesen ist, zeigt sich beispielsweise darin, wie vor Ort mit ‚fremden‘ Mitbürgerinnen und Mitbürgern und anderen Lebensentwürfen umgegangen oder wie auf rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen reagiert wird. Wichtige Rahmenbedingungen für einen demokratischen Alltag werden im Dreieck von Bürgerschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunalpolitik geschaffen. Was fördert und was hindert Bürgerinnen und Bürger daran, in ihrer Gemeinde mit Zivilcourage für Toleranz und Demokratie aktiv zu werden?“ (Ingo Siebert)¹

Extremistische Einstellungen richten sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und streben deren Abschaffung an. Sie lehnen gesellschaftliche Vielfalt ab und reduzieren die Komplexität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Probleme auf einzelne Ursachen. Zur Lösung dieser Probleme wird Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung definiert. Gerade der Rechtsextremismus zeichnet sich dadurch aus, dass er das Grundgesetz und seine wesentlichen Werte wie Menschenwürde, Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit nicht anerkennt, aktiv und gewaltbereit bekämpft. Der Schutz der grundlegenden Werte unserer Gesellschaft und das aktive Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sind gerade angesichts des Erbes der friedlichen Revolution in Dresden unverzichtbar.

Das vorliegende Lokale Handlungsprogramm der Landeshauptstadt Dresden baut auf diesem Grundverständnis auf. Angesichts der sich in Fakten manifestierenden Bedrohung durch den Rechtsextremismus in Dresden ist sein Ziel die Förderung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit Zivilcourage für Demokratie, Solidarität, Akzeptanz und Toleranz einsetzen. Das Programm macht zum einen deutlich, wie eine ganze Stadt Demokratie als ihren Weg und Solidarität als ihre Haltung begreift, um die Probleme von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung (einschließlich Islamophobie) wahrzunehmen und sich ihnen entgegenzustellen. Zum anderen formuliert das Lokale Handlungsprogramm mit diesem Grundverständnis von Demokratie, Solidarität, Toleranz und Akzeptanz Ziele und konkrete Schritte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie zur Förderung des demokratischen Gemeinwesens.

Das Lokale Handlungsprogramm fußt auf dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie auf einer Reihe von Aktivitäten für ein demokratisches, solidarisches und tolerantes Dresden seitens verschiedener Institutionen - insbesondere organisiert im Bündnis „Dresden für Demokratie“.² Für alle Beteiligten steht das Programm nicht am Ende eines Prozesses, sondern wird als ein Zwischenschritt verstanden. Denn das gemeinsame Ziel, Menschen für ein tolerantes, solidarisches und demokratisches Dresden zu sensibilisieren, sodass sie sich verstärkt engagieren, ist nicht mit dem Erstellen des Programms allein erreicht. Wohl aber ist eine Plattform gewonnen, auf der aufgebaut werden kann.

Das Lokale Handlungsprogramm verfolgt mit seinen Leitlinien und Zielen sowie mit den konkreten Maßnahmen und Institutionalisierungsvorschlägen eine langfristige, integrierte Strategie zur Demokratieentwicklung und Förderung lokaler Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen. Dabei ist weder die Situationsanalyse mit ihren Herausforderungen noch die Entwicklung von Maßnahmen abgeschlossen. Das Handlungsprogramm definiert vielmehr Ziele, bündelt Aktivitäten zu nachhaltigem Handeln auf lokaler Ebene und befördert das Engagement der Bürger.³

¹ In: Meyer, Gerd; Dovermann, Ulrich; Frech, Siegfried; Gugel, Günther (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen - Modelle - Arbeitshilfen. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik 2004 (Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung 2004), 168.

² Zum Bündnis „Dresden für Demokratie“ vgl. www.dresden-fuer-demokratie.de; durch Beschluss des Stadtrats hat die Landeshauptstadt Dresden ihre Mitwirkung erklärt (V1622-SR45-07 vom 08.02.2007).

³ Der Text beruht in wesentlichen Teilen auf den Informationen und Vorschlägen zweier Workshops, die zur Vorbereitung des Lokalen Handlungsprogramms am 23. Mai 2008 und am 27. Juni 2008 in Dresden durchgeführt wurden. Die dort

1. Begriffsbestimmung, Situationsanalyse und Problemlage

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus haben vielfältige Hintergründe und Erscheinungsformen, die sich regional und lokal erheblich unterscheiden. Ein Lokales Handlungsprogramm vermag keine umfassende Analyse ersetzen. Es beschreibt vielmehr punktuell wesentliche Aspekte in ihrer konkreten Ausformung für die Landeshauptstadt Dresden. Dabei sind die „Leerstellen“ ebenso bedeutsam wie die einzelnen Erkenntnisse zu rechtsextremistischen Gewalttaten oder zu den Dimensionen rechtsextremistischer Subkultur in Dresden, machen sie doch deutlich, dass es längst noch keine umfassende und belastbare Situationsanalyse für den politischen und kulturellen Raum der Stadt gibt. Die Frage nach Ursachen rechtsextremistischer Einstellungen ist vor diesem Hintergrund ebenfalls zu stellen. Eine der Aufgaben des Lokalen Handlungsprogramms ist es, diese Lücken zu verringern.

In der Fortschreibung der Situationsanalyse sind dabei zwei Aspekte maßgeblich: Die vertiefte Wahrnehmung der spezifischen Dresdner Situation (A) und die Einordnung der kommunalen Sicht in überregionale Zusammenhänge und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen (B).

Die folgenden Maßnahmen sind also bereits im Blick auf die Situationswahrnehmung in Dresden (A) unerlässlich und werden im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms selbst angestrebt.⁴

- Leitfadengestützte Experteninterviews mit lokalen Akteurinnen und Akteuren aus verschiedenen Handlungsfeldern. Von Interesse sind neben der Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Stadtverwaltung sowie den Mitgliedern des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ insbesondere Akteure/Akteurinnen aus den Bereichen Schule/Bildung, Wirtschaft und Sport, die bislang wenig systematische Berücksichtigung fanden.
- Workshops als Hearings mit lokalen Expertinnen und Experten. Von Interesse ist eine stärkere Systematisierung, die sich an Zielgruppen oder Problemfeldern, aber auch an Stadtteilen orientieren kann.
- Konferenzen und Veranstaltungen mit Sozialraumbezug.

Die folgenden Maßnahmen sind im Blick auf die überregionale Betrachtung (B) wünschenswert und auch im Rahmen einer wissenschaftlichen Projektbegleitung erforderlich:

- Systematische Jahresstudien, die den Dresdner Befund erheben und sozialwissenschaftlich bzw. sozialpolitisch einordnen.
- Thematische Workshops mit überregionalen Themen und überregionaler Beteiligung (z. B. im Rahmen der Dresdner Aktionstage für Demokratie und Toleranz).
- Beteiligung der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ und der Steuerungsgruppe bei den überregionalen Angeboten im Rahmen der Programme von Bund und Ländern.

Die Situationsanalysen sollen soweit qualifiziert sein, dass daraus konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden können.⁵ Ebenso wichtig ist es, zu einer positiven Darstellung des Engagements und des couragierten Eintretens für Demokratie, Solidarität, Akzeptanz und Toleranz zu gelangen; entsprechende Dokumentationen sind im Rahmen einer systematischen Situationsanalyse zu erschließen und öffentlich zu würdigen.

gegebenen Hinweise sind der Ausgangspunkt für weiterführende Analysen und Verständigungen, die das Handlungsprogramm anstößt. Neben den im Text ausdrücklich genannten Quellen, wurden die folgenden Dokumente herangezogen und teilweise in Textausschnitten ohne Einzelnachweis verwendet: - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesprogramm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus; Leitlinie zum Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne), - LAP Leipzig, - LAP Chemnitz, - LAP Potsdam, - LAP Frankfurt/Oder, - LAP Mannheim (Beschlussvorlage), - LAP Berlin-Tempelhof/Schöneberg, - LAP Hoher Fläming.

⁴ Die Maßnahmevorschläge haben zugleich regelmäßig aktivierenden Charakter und sind im Sinne der Ressourcenanalyse und des bürgerlichen Engagements anstrebenswert.

⁵ Unter den derzeitigen Hinweisen sind im Zusammenhang mit einer rechtsextrem motivierten Raum- und Wortergreifungsstrategie als Schwerpunkte in Dresden zu identifizieren: Aktivitäten um den 13. Februar, Aktivitäten im Umfeld der Fanszene von der SG Dynamo Dresden, allgemeine Präsenz.

1.1 Politische Situation

Die Beschäftigung mit der politischen Situation steht nicht zufällig an erster Stelle. Weil extremistische und diskriminierende Bestrebungen jeder Art gesamtgesellschaftliche Probleme darstellen und es sich eben nicht um isolierte Probleme von Randgruppen handelt, ist in einem parlamentarisch-repräsentativen System sowohl danach zu fragen, welche Problemlagen wahrgenommen werden als auch wie die politische Auseinandersetzung geführt wird. Auch wenn die institutionalisierte Politik allein nicht in der Lage ist, derart komplexe Problemlagen produktiv zu bearbeiten, wirken doch alle Appelle an die Bürgerinnen und Bürger, an die Wirtschaft, an Organisationen und Institutionen unglaublich, wenn sich die tragenden politischen Gremien und Institutionen nicht selbst überzeugend mit der Thematik auseinandersetzen. Das Lokale Handlungsprogramm der Landeshauptstadt Dresden ist Ausdruck dieser Überzeugung und trägt damit zu einer gemeinsamen Übernahme der Verantwortung für die demokratische und solidarische Entwicklung des Gemeinwesens bei.

Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 erhielt die NPD stadtweit 3,66 Prozent. Die NPD lag damit nur knapp unter dem Ergebnis des „Nationalen Bündnisses“ bei den Stadtratswahlen von 2004 (4 Prozent). In einigen Wahlbezirken wurden auch Werte deutlich über zehn Prozent erreicht.⁶ Die Anzahl der für die NPD 2009 abgegebenen absoluten Stimmen (21.615) stieg gegenüber der Stadtratswahl 2004 weiter an (20.574 für das „Nationale Bündnis“), was sich jedoch aufgrund der höheren Wahlbeteiligung 2009 nicht in der Anzahl der Sitze im zukünftigen Stadtrat niederschlug. Über die kommunalen Wahlergebnisse hinaus ist zu bedenken, dass Dresden Sitz des Sächsischen Landtags ist, in den die NPD nach der Wahl am 19. September 2004 mit zwölf Abgeordneten (bei 9,2 Prozent der Stimmen) einzog. Zur Landtagswahl am 30.08.2009 verlor die NPD sachsenweit 3,6 Prozentpunkte, schaffte jedoch erneut den Einzug in das Landesparlament (5,6 Prozent). Im Stadtgebiet Dresden mit seinen 6 Wahlkreisen erreichte die NPD rund 4,12 Prozent (2004: 6,08 %). Besonders in zwei Dresdner Wahlkreisen⁷ errang sie sehr hohe Stimmenanteile von 5,6 bzw. 4,8 Prozent und liegt damit spürbar über dem städtischen Durchschnitt.⁸

Dresden stellt auch das Zentrum von landesweiten Treffen und Veranstaltungen aus der rechtsextremen Szene dar. „In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass Versuche unternommen werden, Dresden zur Hauptstadt der organisierten Rechtsextremisten zu entwickeln. (...) Regelmäßige Treffen finden in Dresden und Umgebung statt, teilweise mit öffentlicher Ausstrahlung (regelmäßige Treffen des ‚Nationalen Bündnisses‘, Vortragsveranstaltungen, Bundesparteitag der NPD 2006 u. ä.). Weitere Beispiele sind das Pressefest der ‚Deutschen Stimme‘ in Pappritz 2006 und der Sachsentag 2007 ebenfalls in Pappritz, vor allem aber die jährlich unter Verantwortung der ‚Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland‘ (JLO) durchgeführten Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 13. Februar in Dresden, als die vermutlich größten rechtsextremistischen Kundgebungen in Deutschland.“⁹

Für das Jahr 2008 wurden in Deutschland insgesamt 31.801 politisch motivierte Straftaten gemeldet. Dies bedeutet bundesweit einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2007 (28.538) um rund 11,4 Prozent; bezogen auf die politisch motivierten Gewalttaten ist mit insgesamt 2.529 Delikten im Vergleich zum Vorjahr (2.541) ein geringfügiger Rückgang um rund 0,5 Prozent zu verzeichnen. Damit ist seit Einführung des Definitionssystems der politisch motivierten Kriminalität (PMK) im Jahr 2001 bei der Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten der bislang höchste Wert und bei den politisch motivierten Gewalttaten der zweithöchste Wert erreicht worden. Erstmals seit 2004

⁶ Prohlis-Nord (Am Anger), Prohlis-Süd (Senftenberger Str.), Prohlis-Süd (Spreewalder Str.), Leubnitz (Karl-Laux-Str.), Strehlen (Rudolf-Bergander-Ring), Reick (Lübbenauer Str.), Gorbitz-Süd (Wölfnitzer Ring-Ost), Gorbitz-Süd (Amalie-Dietrich-Platz), Neu-Omsewitz (Melissen-/Kresseweg).

⁷ Wahlkreis Dresden 4: Cotta, Altfranken, Cossebaude, Gompitz, Mobschatz und Oberwartha sowie Wahlkreis Dresden 6: Leuben (ohne Dobritz-Süd), Loschwitz (ohne Loschwitz/Wachwitz), Prohlis (ohne Leubnitz-Neuostra, Reick und Strehlen) Schönfeld-Weißig

⁸ Vorläufiges amtliches Endergebnis unter: <http://www.statistik.sachsen.de> verfügbar am 31.08.2009

⁹ Zitat aus: Erstellung eines „Lokalen Handlungsprogramms für die Stärkung von Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus in Dresden“ (Leitlinien, Maßnahmeplan, Umsetzungskonzept) in einem kooperativen Beteiligungsprozess, Dresden 2008.

waren wieder Todesopfer zu verzeichnen; in beiden Fällen wurden die zugrunde liegenden Straftaten dem Bereich politisch motivierte Kriminalität von rechts zugeordnet. Die Entwicklungen geben in allen Bereichen Anlass zur Sorge. Dies veranschaulicht insbesondere der in sämtlichen der vier Bereiche zu beobachtende sprunghafte Anstieg der Zahl der Sachbeschädigungen, die insgesamt um 44,8 Prozent gestiegen sind. Viele dieser Sachbeschädigungen haben offensichtlich im Zusammenhang mit Landtags- und Kommunalwahlen gestanden und sich in der Zerstörung, der Beschädigung von Wahlplakaten oder dem Beschmieren mit verfassungsfeindlichen Symbolen begründet. Damit zeugen sie auch von fehlendem Verständnis für die Spielregeln, die in einer demokratischen Gesellschaftsordnung im Umgang mit anderen politischen Meinungen gelten.

In absoluten Zahlen ist der stärkste Anstieg im Bereich der politisch motivierten Kriminalität von rechts zu verzeichnen. Dazu beigetragen hat, neben dem tatsächlich vorhandenen Anstieg der Taten, auch die zum 1. Januar 2008 eingeführte bundeseinheitliche Erfassung der von Unbekannt verübten sogenannten Propagandadelikte, die nunmehr grundsätzlich immer bei diesem Phänomenbereich erfolgt. Unabhängig davon ist generell die Zahl der Propagandadelikte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, sodass sie mittlerweile rund 69,9 Prozent aller rechten Straftaten ausmachen. Diese Zahl beweist aber auch die Konsequenz, mit der die Sicherheitsbehörden ihrem Ermittlungsauftrag in diesem Kriminalitätsfeld nachkommen. Ein weiterer Teil des Anstiegs der rechten Kriminalität geht auf das Konto der sogenannten „Autonomen Nationalisten“.

In ihrem Auftreten bei Demonstrationen, in ihrer Sprache und Kleidung lehnen sie sich linksextremistischen Verhaltensweisen an. Dadurch üben sie gerade auf Jugendliche eine stärkere Anziehungskraft aus als es die konventionelle rechte Szene bislang vermochte. Die „Autonomen Nationalisten“ stehen daher zu recht seit dem letzten Jahr verstärkt im Fokus der Sicherheitsbehörden.

1.2 Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischen Hintergründen

Eine Übersicht für den Freistaat Sachsen im Jahr 2007 bietet die Landeskriminalstatistik: „Im Berichtsjahr [2007] wurden im Freistaat Sachsen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ‚rechts‘ 2.154 (2006: 2.064) Straftaten registriert. Davon wurden 2.144 (2006: 2.063) als rechtsextremistisch bewertet, darunter 90 (2006: 77) Gewaltdelikte. Damit stieg die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten um vier Prozent und die Anzahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte um 17 Prozent. (...) Von den 90 rechtsextremistischen Gewaltdelikten sind 74 (2006: 68) Körperverletzungen. 24 (2006: 18) der Gewalttaten wurden aus fremdenfeindlicher Motivation begangen, darunter 19 Körperverletzungen (2006: 15). Regionaler Schwerpunkt der rechtsextremistischen Straftaten ist auch im Berichtsjahr [2007] der Regierungsbezirk Dresden.“¹⁰

Im Stadtgebiet Dresden staffelten sich politisch motivierte Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den letzten zwei Jahren wie folgt:

	2007	2008
PMK rechts	insgesamt 224, <ul style="list-style-type: none"> ▪ davon 15 Gewalttaten ▪ davon 137 Propagandadelikte ▪ davon 18 fremdenfeindliche Straftaten ▪ davon 16 antisemitische Straftaten 	insgesamt 331, <ul style="list-style-type: none"> ▪ davon 22 Gewalttaten ▪ davon 237 Propagandadelikte ▪ davon 42 fremdenfeindliche Straftaten ▪ davon 30 antisemitische Straftaten

Stand: 20.5.2009, LKA Sachsen

Erfahrungen der Opferberatungsstellen legen nahe, dass es eine hohe Dunkelziffer an fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straftaten, insbesondere Gewalttaten, gibt und längst nicht alle Ereignisse zur Anzeige gebracht werden. So sind allein den Opferberatungsstellen 2008 sachsenweit 401 (2007: 306), davon in Dresden 66 (2007: 25) Überfälle bekannt geworden.¹¹ Die tatsächliche Zahl wird noch darüber hinausgehen. Die Opferberatungsstelle in Dresden berichtet, das „Betroffene und potentielle Betroffene [das] Gefährdungspotenzial in Sachsen nach wie vor als

¹⁰ Pressemitteilung des Verfassungsschutzes Sachsen (siehe: http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/PMK_2007.pdf)

¹¹ Zuarbeit der RAA Opferberatung Sachsen, 31.08.2009

dramatisch [bewerten]“.¹²

An dieser Stelle muss für Dresden festgehalten werden, dass ein sehr beunruhigender Anstieg an registrierten rechtsextremistischen Straftaten im Vergleich der Jahre 2007/2008 um insgesamt 48 Prozent, an Gewalttaten um 50 Prozent, bei Propagandadelikten um 73 Prozent, bei fremdenfeindlichen Straftaten um 133 Prozent und bei antisemitischen Straftaten um 87 Prozent zu verzeichnen ist, bei gleichzeitig zu konstatierendem Rückgang der Anzahl von rechtsextremistischen Personen im Freistaat. Dies ist ein alarmierendes Zeichen für den dringenden und sehr komplexen Handlungsbedarf in diesem Politikbereich.

1.2.1 Organisierter Rechtsextremismus

„Unbestreitbar ist, dass die Bedrohung durch die Feinde des Rechtsstaats am rechten Rand sehr ernst genommen werden muss. (...) Bund und Länder müssen diese Herausforderung und die rechtsextremistischen Strukturen weiter entschieden bekämpfen. Hier ist die Politik gefordert, aber auch die gesamte Gesellschaft. Vor allem bedarf es der Zivilcourage, um den Rechtsextremismus überall da zu bekämpfen, wo er sich im öffentlichen Raum zeigt.“¹³ (Dr. Angela Merkel)

Der Unterschied zwischen „Skins“ und „Neonazis“ liegt in den unterschiedlichen politischen Herangehensweisen: Neonazis sind deutlich politischer in ihren Handlungen als Skins, für die eher der Freizeitaspekt zählt (Konzerte, Alkohol, Gewalt). Für Neonazis steht die politische Aussage im Vordergrund: Demos und Plakate zeigen, dass ihr politisches Ziel ein Staat nach dem Vorbild des „Dritten Reichs“ ist.

Die Mitgliederentwicklung der NPD ist für Sachsen rückläufig. Von 1.400 Mitgliedern¹⁴ im Jahr 1998 sank die Zahl kontinuierlich. Die Landtagswahl im September 2004 brachte eine erneute Mitgliedersteigerung auf ca. 1.000 Personen. Die jetzige Reduzierung auf ca. 850 Mitglieder wird mit Ermüdungserscheinungen erklärt, wobei die NPD den Mitgliederrückgang bestreitet. Zahlen für Dresden liegen nicht vor. Seit 2006 ist die NPD aber mit ihren Kreisverbänden flächendeckend in Sachsen präsent. Der derzeitige Rückgang auf 13 Kreisverbände ändert nichts an der Abdeckung der Fläche, sondern ist als Anpassung an die neue Kreisstruktur zu verstehen.

Auch die Strukturen der „Jungen Nationaldemokraten“ reichen über ganz Sachsen. Sie sind zahlenmäßig in der Gesamtschau zwar relativ gering, spielen aber durch ihre Scharnierfunktion zwischen NPD auf der einen und der Kameradschaftsszene auf der anderen Seite eine wichtige Rolle. Sie zeichnen sich durch militaristische Herangehensweise aus. Auch Kameradschaften sehen sich in einer Tradition von Strukturen mit militärischem Anstrich. Der „Sachsentag der Jungen Nationaldemokraten“ ist eine Ersatzveranstaltung für das Pressefest der „Deutschen Stimme“. Klare, strategisch anvisierte Zielgruppe der „Jungen Nationaldemokraten“ sind Schüler/-innen und Jugendliche. Die „Jungen Nationaldemokraten“ richten sich mit ihrer Publikation „perplex“ diskriminierend gegen die Demokratie. Vordergründig über unpolitische Freizeitaktivitäten wie Klettern/Bergsteigerkurse in der Sächsischen Schweiz, Fahrschule oder Jugendaktivitäten gewinnen die „Jungen Nationaldemokraten“ Jugendliche für ihre Zwecke.

In der Kameradschaftsszene ist eine kontinuierliche Steigerung des Aktivenpotentials seit 2003 von 710 auf 1.350 (2007) zu beobachten. Zeitgleich hat das Potential der Skinheads kontinuierlich abgenommen. Die Skinheads wenden sich der neonationalsozialistischen Szene zu, eine verstärkte Politisierung ist festzustellen. In der Summe macht ein immer größeres Personenspektrum - auch in Dresden - politische Aussagen. Bis 2004 gab es eine relativ große Anzahl von Kameradschaften (ca. 50), die praktisch das gesamte Potential der Szene banden. Dies nimmt seit 2005 ab,

¹² Angaben und Zitat aus dem Bericht von Grit Armonies, RAA Opferberatung, aus dem Workshop am 23. Mai 2008.

¹³ Dr. Angela Merkel, <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2008/12/2008-12-19-merkel-pnp.html>, verfügbar am 09.06.2009

¹⁴ Der Mitgliederanstieg zwischen 1997 und 1999 hing mit dem aktionistischen Image der NPD zusammen. Damit wurde die NPD für viele Personen aus der Kameradschaftsszene interessant, viele sind beigetreten, haben aber gemerkt, dass Partei anders funktioniert und traten wieder aus.

inzwischen gibt es nur noch 28 Kameradschaften. Fast ein Drittel der politisch Agierenden sind gegenwärtig nicht mehr in Kameradschaften gebunden („freie Kräfte“). Schwerpunkte in Sachsen sind Mittweida und Löbau-Zittau; aber auch in Dresden gibt es eine etablierte rechtsextremistische Kameradschaftsszene.

Eine große Szene bildet die Skinhead-Musikszene mit einem entsprechend großen Markt. So gibt es im Bundesvergleich eine erschreckend hohe Anzahl von Skinkonzerten in Sachsen (20 Prozent aller registrierten Konzerte 2007). Dresden ist ein Zentrum der Skinkonzertszene: Von 42 in Sachsen durchgeführten Konzerten (2007) fanden zehn in Dresden statt. Beim Musikvertrieb sind 18 Prozent aller rechtsextremen Vertriebe in der Bundesrepublik in Sachsen ansässig (der Schwerpunkt liegt dabei im Regierungsbezirk Chemnitz). Zudem befindet sich direkt vor den Toren der Landeshauptstadt Dresden, in Riesa, der Verlagsitz der „Deutschen Stimme“, der Monatszeitung der NPD.¹⁵

1.2.2 Rechtsextreme Subkultur/Einstellungen

Die Ausführungen zum organisierten Rechtsextremismus machen deutlich, dass die Übergänge zur rechtsextremen Subkultur fließend sind. Rechtsextreme Haltungen und Einstellungen sind in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen verbreitet. Allerdings ist die Entwicklung einer rechtsextremen Subkultur in den letzten zehn Jahren eine der wichtigsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus geworden. Als rechtsextreme Subkultur wird ein jugendlicher Lifestyle mit rechtsextremer Einstellung, Musik, Kleidung, Symbolen, Code und Verhaltensweisen verstanden, der auch Militanz und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung akzeptiert und teilweise praktiziert. Diese Jugendlichen sind meist nicht in rechtsextremen Organisationen Mitglied, in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen allerdings rechtsextrem orientiert.

Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass etwa 20 Prozent bis 35 Prozent der männlichen ostdeutschen Jugendlichen diesem Lifestyle folgen und zur rechten Subkultur gezählt werden müssen. Diese Jugendlichen stellen ein erhebliches Rekrutierungspotenzial für den organisierten Rechtsextremismus dar. Mit Freizeitangeboten und einer „nationalen Jugendarbeit“, die eine Erlebniswelt aus Konzerten, Demonstrationen und Veranstaltungen zu schaffen sucht, sowie durch rechtsextreme Agitation mit Zeitschriften und neuen Medien/Internet werden jugendliche Gruppen und Szenen angesprochen. Einen zentralen Stellenwert innerhalb des rechten Lifestyles hat Musik mit rechtsextremen Texten. Sie vermittelt ideologische Bilder und Phrasen an die jungen Hörerinnen und Hörer. Aus der rechtsextremen Szene heraus werden Bands unterstützt, Konzertmöglichkeiten geschaffen sowie die Herstellung und der Vertrieb von CDs organisiert. Regelmäßig ist zu beobachten, dass der dominierende rechtsextreme jugendliche Lifestyle in Klubs, Kneipen und auf Plätzen andere jugendliche Subkulturen verdrängt und eine tolerante, demokratische Alltagsgestaltung beeinträchtigt.

Verschiedene Studien¹⁶ machen deutlich, dass sich rechtsextremes Gedankengut quer durch alle Bevölkerungsschichten, Bundesländer, Generationen und bei Wählern/Wählerinnen aller Parteien zieht.¹⁷ Das Problem wird noch größer, wenn man die mehr oder weniger unausgesprochene Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Antisemitismus betrachtet. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben der Studie zufolge knapp neun Prozent der Menschen in Deutschland. Diese Thesen werden in der ergänzenden qualitativen Studie „Bewegung in der Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2008 vertieft: Die Zusammensetzung der Menschen mit rechtsextremen Einstellungen hinsichtlich des Arbeitsstatus unterscheidet sich statistisch deutlich von denen mit nicht rechtsextremen Einstellungen. Auffallend ist vor allem der sehr viel höhere Anteil von Rentnern/Rentnerinnen und Vorrühständern bei Menschen mit rechtsextremen Einstellungen (41,8 Prozent). Sie bilden dabei die größte Gruppe. Des Weiteren setzt sich die Gruppe nicht, wie

¹⁵ Die hier genannten Informationen und Einschätzungen beruhen auf den Auskünften des Verfassungsschutzes, die auf dem Workshop am 27. Juni 2008 präsentiert wurden.

¹⁶ Vgl. u. a. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006; Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt/Main 2007.

¹⁷ ebd.

oft vermutet wird, nur aus Arbeitslosen zusammen, sondern zu einem großen Teil aus Erwerbstätigen (38,4 Prozent). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich rechtsextreme Einstellungen in allen Schichten der Bevölkerung widerspiegeln. Spezifikationen für Dresden liegen nicht vor.

1.2.3 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierungen

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist die Grundbedingung für ein demokratisches Gemeinwesen. Aktivitäten und Haltungen, die andere einschränken und - abhängig von ihrem Aussehen, ihrer Herkunft oder ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung - behindern, sind diskriminierend und ausgrenzend. Dass und wie sich solche Haltungen und Aktivitäten mit rechtsextremistischen Orientierungen verbinden, wurde im Rahmen der vorbereitenden Workshops thematisiert.¹⁸ Mit der Abwertung und Diskriminierung anderer geht immer wieder eine Höherbewertung der sich selbst zugeschriebenen biologischen, sozialen oder kulturellen Merkmale einher.

Vor diesem Hintergrund gefährden diskriminierende Aktivitäten und Handlungsweisen, obgleich sie strafrechtlich nicht immer relevant sind, die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens und eines solidarischen Miteinanders. Abschätzige, demütigende Kommentare auf der Straße gegenüber Migrantinnen und Migranten gehören ebenso in diesen Bereich wie unsensibles Verhalten und Benachteiligungen durch Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Institutionen, die sich innerhalb eines individuellen Ermessensspielraumes bewegen oder strukturelle Auswirkungen, die eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einschränken.

Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu thematisieren und entschieden zu begegnen, gehört ebenso zu den Anliegen des Lokalen Handlungsprogramms wie die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und zu befördern. Diskriminierende Verhaltensweisen, die sich im legalen Rahmen bewegen, prägen das gesellschaftliche Klima entscheidend. Eine Konzentration auf strafrechtlich relevante Delikte und Gewalttaten birgt die Gefahr in sich, Rechtsextremismus lediglich als kriminelles Handeln zu begreifen, das polizeilich und juristisch, aber nicht gesamtgesellschaftlich geahndet werden muss. Stattdessen sollte auch den Verhaltensweisen unterschwelliger Fremdenfeindlichkeit und den Mechanismen von Diskriminierung offensiv entgegengetreten werden und eine stärkere Sensibilisierung hierfür stattfinden.

Auf einen für Dresden wichtigen Folgeaspekt von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung machte Johannes Lohmeyer, Geschäftsführer der Macrander Hotels, aufmerksam: „Während der Ausländeranteil am Übernachtungsaufkommen in westdeutschen Städten bei ca. 30 Prozent liegt, beträgt er in Dresden 15 Prozent. Dies bedeutet ein Defizit von 493.000 Übernachtungen, 80.852.000 Euro Umsatz oder ca. 1.100 Arbeitsplätzen in der Hotellerie, die so nicht realisiert werden können. Da Städtereisende nur jeden dritten Euro im Hotel ausgeben, hängen insgesamt weit über 2.000 Arbeitsplätze von Gästen aus dem Ausland ab (Handel, Carrier, Gastronomie ...).“ Neun Prozent der potenziellen Sachsen-Urlauberinnen und -Urlauber würden ihre Reisepläne wegen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit ändern: „Auf Dresden bezogen entspricht dies 306.000 Übernachtungen bzw. 627 Arbeitsplätzen.“¹⁹

Fragt man nach den Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen, muss man sich mit den konkreten Lebensverhältnissen spezifischer Bevölkerungsgruppen befassen. Neben den allgemein-strukturellen Bedingungen, z. B. der Residenzpflicht bei Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, ist die lokale Umsetzung und Ausformung zu betrachten. Bevölkerungsgruppen, denen in diesem Sinn besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte, sind (Spät-)Aussiedler/-innen, Flüchtlinge, Arbeitsmigrantinnen und -migranten, aber auch die Situation der Jüdischen Gemeinde ist einzubeziehen. Allerdings bleibt diese Betrachtung einseitig, wenn die subjektive Wahrnehmung durch die Betroffenen selbst außer Acht bleibt. Für die weitere Arbeit am Lokalen Handlungsprogramm ist es deshalb unerlässlich, die konkreten Wahrnehmungen dieser Gruppen in Dresden mit

¹⁸ Referat von Stefan Schönfelder, Stiftung WeiterDenken, im Rahmen des Workshops vom 23. Mai 2008.

¹⁹ Ausführungen von Johannes Lohmeyer auf dem Workshop am 23. Mai 2008 (Zahlen aus einer Studie der Ipsos-GmbH).

ihnen gemeinsam aufzugreifen.

Im Rahmen der Workshops wurde am Beispiel der Arbeit mit Fußballfans die alltägliche Präsenz von fremdenfeindlichen und diskriminierenden Haltungen in der Arbeit veranschaulicht. Aus dem Fanprojekt Dresden wurde berichtet: Es handelt sich um „Soziale Arbeit mit überwiegend jugendlichen Fußballfans aus 'kritischen' Stadtteilen, auf die das Projekt vor allem im Stadion trifft. Gearbeitet wird dabei vor allem an der Problematik von (Alltags-)Rassismus/Rechtsradikalismus: Zehn bis 15 Prozent der Fans haben rechtsextreme Einstellungen. Es sind viele junge NPD-Wähler vertreten, wobei die Jugendlichen oft noch auf der Suche sind. Schwieriger ist es bei den Jugendlichen aus ländlichen Gebieten (Ostsachsen, Sächsische Schweiz, aber auch Riesa-Großenhain), wo die rechte Kultur teilweise den Mainstream darstellt und es neben den NPD-Aktivitäten und rechten Kameradschaften kaum Angebote gibt. Rechte Gesinnung im Stadion äußert sich ziemlich subtil; einerseits durch Kleidung, die - schick und teuer - als Lifestyle-Äußerung und Statussymbol getragen wird, andererseits z. B. durch „uh-uh-uh“-Rufe bei farbigen Spielern oder den Ruf „Jude“ (der, als Beschimpfung, sicherlich aus erwachsenen Umgangs- und Hintergrundkreisen/Elternhäusern von den Jugendlichen transportiert wird.) (...) Vertreter/-innen der organisierten rechten Szene sind bei Dynamo Dresden so nicht anzutreffen und agitieren nach Fanprojekt-Beobachtungen auch nicht unter den Fans. Selbst die NPD hat in den letzten fünf Jahren erst ein Mal offensiv versucht unter den Fans auf Stimmenfang zu gehen (am Demonstrationsbeginn für den Stadionneubau wurden am Ausgang Flyer verteilt). Die Vernetzung der rechten Fanszene ist eher in Halle, Leipzig und Chemnitz zu beobachten.“²⁰

Für viele wichtige Bereiche des alltäglichen Lebens, in denen es zu Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung kommen kann oder kommt, gibt es für Dresden keine konkreten und belastbaren Informationen, die auch einen Eindruck von der quantitativen Dimension vermitteln könnten. Zwar sind Einzelfälle aus den verschiedensten Bereichen bekannt geworden, der tatsächliche Umfang und die Art der Diskriminierung (und gegebenenfalls Gewalt) sind aber nicht wirklich bekannt. Schließlich kann es auch um Fragen der eingeschränkten Möglichkeiten der Religionsausübung, um Beeinträchtigung bei der medizinischen Betreuung oder bei der Versorgung im Alter gehen. Im weiteren Prozess des Lokalen Handlungsprogramms ist es dringend notwendig, für solche Felder gesicherte Informationen über das Maß und die Muster alltäglicher Diskriminierung zu gewinnen.²¹ Die Eindrücke, wie sie beispielsweise Beratungsstellen und Flüchtlingsinitiativen widerspiegeln, sind dabei in jedem Fall im Gespräch mit Betroffenen zu verdichten.

Es ist zu vermuten, dass es auch in Dresden - wie durch Untersuchungen an anderen Orten bekannt - bei staatlichen und kommunalen Behörden Fälle von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen gibt. Dies hat oftmals mit individuellen Einstellungen der Beschäftigten zu tun, liegt aber auch an dem manchmal fehlenden politischen Willen zu Gleichbehandlung, an (unterschwellig) Berührungsängsten mit Andersartigkeit und fehlender Selbstreflexion oder an mangelnder Ausstattung der Einrichtung sowie Schulung der Mitarbeiter/-innen.

So kann man von Betroffenen deutliche Hinweise erhalten, dass z. B. in der Ausländerbehörde mangelnde Sprachkenntnisse zu diskriminierendem Verhalten beitragen oder Ermessensspielräume in gleicher Angelegenheit sehr unterschiedlich ausgelegt werden. Außer einzelnen Erfahrungen²² liegen für Dresden keine ausreichenden Daten vor, um die Problematik, über die allgemeine Einschätzung hinaus, bewerten zu können. Insbesondere die folgenden Behörden und Einrichtungen, die von besonderer Bedeutung für die besonders von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit betroffenen Bevölkerungsgruppen sind, sollten im Rahmen der Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms aufmerksam betrachtet werden: Polizei, Ausländerbehörde, Agentur für Arbeit, Wohnungsamt, Sozialamt, Schulen, Hochschulen, Krankenhäu-

²⁰ Entnommen aus dem Protokoll des Workshops vom 23. Mai 2008.

²¹ Von Bedeutung ist vermutlich neben der Wahrnehmung von offensichtlich ausländisch wirkenden Bürgerinnen und Bürgern die Situation der Jüdischen Gemeinde und der Islamgläubigen, der aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion stammenden Spätaussiedler/-innen, der vietnamesischen Migrantinnen und Migranten. Maßgeblich ist auch der Blick auf die offensiv diskriminierten Gruppen der homosexuell orientierte Menschen, der Armen und Kinderreichen sowie der Obdachlosen.

²² So stellte Johannes Lohmeyer z. B. auf dem Workshop vom 23. Mai 2008 fest: „Ressentiments und Vorurteile gegenüber Fremden sind in der Bevölkerung breit verankert, kommen mitunter auch von Seiten der Polizei.“

ser. Dabei wird schon auf den ersten Blick deutlich, dass die Stadt nicht überall einen direkten Einfluss hat. Gleichwohl ist sie gehalten, sich politisch für eine faire und sensible Behandlung ihrer Bürgerinnen und Bürger in allen öffentlichen Einrichtungen einzusetzen - egal, ob diese in kommunaler Verantwortung liegen oder nicht.

2. Ressourcen für Demokratie, Solidarität und Toleranz

Das Lokale Handlungsprogramm fördert von Beginn an die Beteiligung der vor Ort Tätigen. Ihre ehrenamtlichen und professionellen Fähigkeiten und ihr Engagement sind die zivilgesellschaftlichen Schlüsselressourcen, die es im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms zu aktivieren und zu entwickeln gilt. Die Erfahrungen der Vorbereitungsphase und in der Arbeit des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ zeigen, dass bereits die Vernetzung einen erheblichen Fortschritt bedeutet.

Bei der Darstellung der Ressourcen wird bereits jetzt deutlich, dass viele Akteurinnen und Akteure, insbesondere aus dem Bereich der städtischen Ämter und Einrichtungen, über ein relevantes Potential verfügen, ohne dass man sagen kann, dass die notwendige Zuspitzung auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung schon erreicht sei. Im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen zeigt sich eine erhebliche Auffächerung, da das Themenfeld des Lokalen Handlungsprogramms aus unterschiedlichen Richtungen und mit vielfältigen Interessen und Zielen begleitet wird. Schließlich ist festzustellen, dass die Einbeziehung der professionellen Akteurinnen und Akteure wie der sie tragenden Institutionen aus den Bereichen Bildung und Sozialer Arbeit, insbesondere aus den Feldern schulischer Bildung und Erwachsenenbildung, viel umfassender und systematischer organisiert werden muss. Insbesondere die Ressourcen von Wirtschaft, Kirche und Kultureinrichtungen sind weiter zu erschließen und zu aktivieren.

Im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms ist die Erschließung der kommunalen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen nun konsequent zu betreiben und verstärkt darauf zu achten, aktivierende Formen der Ressourcenanalyse zu finden und zu etablieren.²³ Zu den Zielen und Maßnahmen, die im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms selbst angestrebt werden (4.6.3), gehören im Blick auf die Ressourcenaktivierung in Dresden unter anderem:

- die Fortschreibung und Förderung der Arbeit des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ (Geschäftsfunktion der Fachstelle).
- Regelmäßige Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms und die Unterstützung der Arbeit des Bündnisses „Dresden für Demokratie“.
- Werkstattgespräche mit lokalen Akteurinnen und Akteuren aus den verschiedenen Handlungsfeldern und ihre Beratung bzw. Fortbildung.
- Etablierung geeigneter Plattformen (z. B. Konferenzen und Veranstaltungen) auf Stadtebene zur thematischen Arbeit an der Problemstellung Rechtsextremismus zur Weiterbildung und zur Vernetzung unter Einbeziehung aller Ressourcen bürgerschaftlichen Engagements.

2.1 Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure/Akteurinnen

Eine der wesentlichen Erkenntnisse in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist die große Bedeutung der Zivilgesellschaft. Darunter versteht man im politisch-praktischen Diskurs den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, der sich von den Bereichen staatlichen und wirtschaftlichen Handelns abgrenzt. Eine Bekämpfung von Antisemitismus, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus ist nur möglich, wenn es zu Veränderungen im Alltag der Menschen

²³ Die Darstellungen der Ressourcen im Folgenden beruhen auf den Selbstauskünften bei der Ressourcenabfrage durch den apfe e. V. im Rahmen der Vorbereitung des Lokalen Handlungsprogramms (Übersicht über Zuarbeiten s. Anhang 3); siehe „Eckpunkte für das Lokale Handlungsprogramm“ vom 10.07.2008. Die Nennung einzelner Akteurinnen und Akteure ist beispielhaft, die Auswahl in der Darstellung ist insgesamt weder erschöpfend noch systematisch. Das bislang erhobene Material ist - ganz anders als das dahinter stehende Engagement und Bewusstsein - keinesfalls umfassend und bedarf der weiteren kritischen und systematischen Sichtung. Wenn im Folgenden einzelne Bereiche mit ihrem Potential vorgestellt werden, so sind die Nennungen immer nur beispielhaft. Sie sind überdies durch die Nennung von Themenbereichen und Handlungsfeldern zu ergänzen, für die gegenwärtig Defizitanzeigen vorliegen, die den Handlungsbedarf anzeigen. Damit ist nicht zwingend gesagt, dass es hier kein Engagement von zivilgesellschaftlicher oder staatlicher Seite gibt. Möglicherweise sind Aktivitäten und Ressourcen lediglich nicht ausreichend kommuniziert und erfasst worden, um den Weg in das Lokale Handlungsprogramm zu finden.

kommt, wenn die Verkehrsformen demokratisch und solidarisch entwickelt werden, wenn sich mittel- und langfristig menschenfeindliche, intolerante Einstellungen, Haltungen und Mentalitäten auflösen.

In Dresden findet sich eine erfreuliche Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure/Akteurinnen, die sich gegen Rechts, für Demokratie, Toleranz, Akzeptanz und Solidarität engagieren. Beispielhaft kann man auf das Bündnis „Dresden für Demokratie“ mit seinen rund 100 Mitgliedern verweisen. Darunter sind sowohl Organisationen aus der politischen Sphäre (Parteien) als auch aus dem gesellschaftlichen Bereich (Gewerkschaften), aus der Kultur (Kulturinstitutionen), der Religion, der Wissenschaft (Universitäten) und der Jugendarbeit sowie Einzelpersonen. Für zahlreiche Organisationen steht die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Bei einigen ist die Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus zu positionieren, Teil des Selbstverständnisses, ohne Aktivitäten zu entfalten. Ihr Potenzial entfalten diese Bürger/-innen, Initiativen und Organisationen oftmals in der Zusammenarbeit untereinander und mit staatlichen und kommunalen Stellen.

Aus ihrem Selbstverständnis, aber auch aus ihrer Bedeutung für die friedliche Revolution heraus sind weiterhin die christlichen Kirchen eine wichtige Ressource für Demokratie, Toleranz und Solidarität in Dresden, die zahlreiche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus entfalten. Die Jüdische Gemeinde zu Dresden setzt sich ebenfalls intensiv für ein weltoffenes Dresden ein und sieht sich in diesem Engagement selbst immer wieder rechtsextremistischen Angriffen und Provokationen ausgesetzt.

Im staatlichen und kommunalen Bereich finden sich Ämter und Einrichtungen, die sich ohnehin mit dem Rechtsextremismus zu befassen haben (z. B. Verfassungsschutz, Polizei) und sich für die demokratische Bildung engagieren sollen (z. B. Schulen und außerschulische Bildungsarbeit), aber auch andere Stellen, zu deren Aufgaben das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus auf den ersten Blick scheinbar nicht gehört. Die Erfahrung zeigt, dass die Aktivitäten all dieser Stellen in einem hohen Maß von dem Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure beeinflusst werden. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, sensibilisiert durch bürgerschaftliches Handeln, ist ein wichtiger Faktor für die Intensität staatlichen Engagements.

Die Ereignisse und die Diskussionen in Dresden haben auch im kommunalen Bereich zu einem kritischen Bewusstsein für die Probleme geführt (nicht zuletzt ist dieses Lokale Handlungsprogramm Ausdruck dieses Selbstverständnisses) und die Entwicklung von Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus vorangetrieben. Viele Projekte finden in enger Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern statt.

2.2 Öffentliche Verwaltung, Polizei und Justiz

In der öffentlichen Verwaltung wird die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als Thema im Büro der Oberbürgermeisterin koordiniert.

Der Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit und der Kriminalpräventive Rat (KPR) sehen es als ihre Ziele, die Kriminalität in Dresden vorbeugend zu verhindern bzw. zu verringern. Dabei geht es auch um die Stärkung von Demokratie und die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Insbesondere in der KPR-Untergruppe „AG Demokratie und Toleranz“ arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft mit der Verwaltung zusammen.

Trotz allen bisherigen Engagements in diesem thematischen Feld gibt es immer wieder Hinweise, dass die Sensibilität für die Opfer von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung noch nicht in allen Bereichen zufriedenstellend entwickelt ist.

2.3 Integrationsarbeit/Flüchtlingsarbeit

Menschen mit Migrationshintergrund tragen zur Vielfalt in dieser Stadt bei und beteiligen sich in unterschiedlichster Weise aktiv am gesellschaftlichen Leben. Ihr Engagement in Initiativen und Vereinen ist Ausdruck einer weltoffenen und lebendigen und vielfältigen Stadt. Zugleich aber zählen sie zu den besonders beeinträchtigten und gefährdeten Bevölkerungsteilen. Um die Würde und das Recht auf freie Selbstentfaltung dieser Menschen zu wahren, bedarf es besonderer Aufmerksamkeit der staatlichen Stellen und Sensibilität im Alltagsleben. Dabei gilt der Grundsatz, dass allen Migrantinnen und Migranten unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrem Aufenthaltsstatus mit Respekt und Achtung begegnet wird.

Die Arbeit des Ausländerbeirats, der/die Ausländer- und Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden, aber auch das Engagement vieler weiterer Initiativen und Organisationen befördern die Interessenvertretung und die gesellschaftliche Integration. Migrantinnen und Migranten und ihre Interessenvertretungen verfügen jedoch auch über zahlreiche Potenziale im Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie sind daher enge Partner/-innen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts.

In der weiteren Ausarbeitung des Lokalen Handlungsprogramms sollte diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit zukommen und eng mit den genannten Akteuren/Akteurinnen kooperiert werden. Gemäß dem Integrationskonzept 2009 der Landeshauptstadt Dresden bedarf es unter anderem einer Verbesserung und Stärkung der Integrationsarbeit als wechselseitiger Prozess zwischen Migrantinnen und Migranten sowie den Einheimischen. Diese schließt auch die verbesserte politische Teilhabe, Selbstbestimmung und Partizipation der Zugewanderten ein.

2.4 Bildungsarbeit, Schule, Kinder- und Jugendhilfe

Die außerschulische Bildungsarbeit unternimmt bereits große Anstrengungen zur kritischen Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus. Sie kann auf erfolgreiche Projekte und Modelle verweisen, die auch für andere Bereiche als beispielhaft angesehen werden können. Ihre Stärke liegt zumeist in der produktiven Verbindung von Alltagsorientierung/Subjektorientierung, Wissens- und Kompetenzvermittlung bei partizipativen Strukturen.

Die Wertevermittlung einer freiheitlich-demokratischen Haltung ist Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule. Sowohl auf der Ebene des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) als auch bei einem Teil der Lehrerinnen und Lehrern gibt es dabei schon gute Ansätze. Es muss jedoch gelingen, durch eine nachhaltige Beschäftigung mit der Aufgabenstellung die Aktivitäten zu verbreitern, sie auszubauen und weiterzuentwickeln. Die Landeshauptstadt Dresden sollte in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Bildungsagentur - Regionalstelle Dresden sowie in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren/Akteurinnen die verfügbaren Ressourcen für eine bessere Kooperation mit der Schule erheben und auf dieser Basis einen konkreten Maßnahmenplan entwickeln.

Die Kinder- und Jugendarbeit in Dresden ist stark von freien Trägern geprägt, die sich u. a. in unterschiedlichen Formen mit Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus kritisch auseinandersetzen. Leider fehlen den einzelnen Projekten oftmals die nötigen Ressourcen, um die Tätigkeit angemessen zu intensivieren. Man kann der Kinder- und Jugendarbeit wohl insgesamt ein hohes Maß an Sensibilität und prinzipieller Handlungskompetenz für die Problematik unterstellen. Sie hat in hohem Maß präventiven Charakter.

Demokratieerziehung und -förderung sind als Querschnittsaufgabe in allen Handlungsfeldern von Kinder- und Jugendhilfe verankert. In der Kinder- und Jugendhilfe nehmen insbesondere die Leistungsarten

- offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen,
- außerschulische Kinder- und Jugendbildung,
- internationale Jugendarbeit,

- Jugendverbandsarbeit,
- Angebote für junge Menschen mit Migrationshintergrund,
- aufsuchende soziale Arbeit,
- Jugendberufshilfe und
- Schulsozialarbeit

einen besonderen Stellenwert bei der Förderung von Demokratie, Vielfalt und Toleranz und für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Die öffentliche und freie Kinder- und Jugendhilfe ist daher noch stärker in die Entwicklung und Fortschreibung sowie die Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms einzubeziehen.

Erfolgreiche Modelle zur Demokratieförderung in der Berufsausbildung zeigen, dass auch die Wirtschaft die Bildung als wichtige Ressource zur Förderung von Demokratie und Toleranz erkannt hat. Auch die Technische Universität Dresden sowie andere Hochschulen mit Sitz in der Landeshauptstadt engagieren sich sehr stark für die Eindämmung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und für Demokratie, Solidarität sowie Toleranz.

2.5 Soziales und Gleichstellungsarbeit

In Dresden reicht die Bandbreite im sozialen Bereich von den großen Wohlfahrtsverbänden über kleinere Organisationen bis zu kommunalen Ämtern und verschiedenen anderen Stellen. Zudem engagiert sich die Gleichstellungsbeauftragte bereichsübergreifend für den Abbau von unmittelbaren und mittelbaren Benachteiligungen aufgrund des Geschlechtes bzw. der sexuellen Orientierung. In beiden Bereichen geht es um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit; die Akteurinnen und Akteure setzen sich für die Vermeidung bzw. den Ausgleich sozialer Benachteiligungen und individueller Beeinträchtigungen ein, arbeiten an der Herstellung von Chancengleichheit, fördern die Integration benachteiligter Gruppen und Personen, versuchen gruppenspezifische Stigmatisierung und den Ausschluss aus sozialen Systemen (z. B. Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Gesundheitssystem) zu verhindern.

Sensibilität ist insbesondere in den Bereichen zu entwickeln, die mit den von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung besonders gefährdeten und/oder beeinträchtigten Bevölkerungsgruppen zu tun haben (z. B. Asylsuchende, Geduldete, homosexuell orientierte Menschen). Nach Einschätzung von Betroffenen ist die Kompetenz im Umgang mit der Problematik, die sich in vielen Fällen mit anderen sozialen Problematiken überlagert, noch nicht überall zufriedenstellend. Für die Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms bedeutet dies, nicht nur die Ressourcen zu eruieren, sondern auch Maßnahmen zu deren Förderung zu entwickeln.

2.6 Wirtschaft und Tourismus

Internationale Unternehmen, eine internationale Forschungslandschaft und ein weltweit vernetzter Mittelstand prägen den Standort Dresden. Die Weltoffenheit der Stadt ist einer der Erfolgsbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Am Beispiel des Tourismus wurde schon in der Situationsanalyse auf die wirtschaftlichen Folgen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus hingewiesen. Allerdings ist die Bedeutung der Wirtschaft für die Stadt, insbesondere der Aspekt der Weltoffenheit keinesfalls nur ökonomisch zu betrachten. Die Wirtschaft ist auch als eine Sozialsphäre anzusehen, in der sich die Menschen des Gemeinwesens begegnen und wesentliche Einstellungen und Haltungen entwickeln. Es ist festzustellen, dass sich in letzter Zeit ein Bewusstsein zu diesem Themenfeld entwickelt. Die Unternehmen, Verbände und die Kammern erkennen ihre Verantwortung für den Standort Dresden auch auf diesem Gebiet. Einzelne Initiativen (z. B. internationale Praktika oder Lehrlingsaustausch und die Förderung interkultureller Bildung) beginnen sich zu etablieren. Auch auf die vielfältigen Anstrengungen der Arbeitnehmer(-vertretungen) ist hinzuweisen. Diese beziehen sich sowohl auf den gesamten städtischen Raum (z. B. durch das Engagement zum 13. Februar) wie auch auf das unmittelbare Zusammenarbeiten und -leben verschiedener sozialer Gruppen in Betrieb und Freizeit.

Es ist aber auch festzuhalten, dass die bisherigen Projekte erst einen Anfang darstellen. Die Wirtschaft trägt ihrer Verantwortung, trotz aller wertvollen Einzelinitiativen, in der Breite noch nicht in dem Maß Rechnung, wie es der Bedeutung dieses gesellschaftlichen Sektors entspräche. Ein weiterer Zuwachs an Sensibilität und Kompetenz ist bei einer verstärkten Kooperation von Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren/Akteurinnen zu erwarten. In der Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms kommt der Analyse der Ressourcen in diesem Bereich besondere Wichtigkeit zu. Die Ressourcen sind mit anderen Akteuren/Akteurinnen zu kommunizieren und im Diskurs konkrete Maßnahmen zu entwickeln.

2.7 Kultur und Medien

Zahlreiche Kultureinrichtungen engagieren sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen in Kunst, Musik und Kultur beschäftigen sich in ihrer Arbeit (und ihren Werken) mit der Thematik. Wichtig ist hier vor allem der Hinweis, dass kulturelle Praxisformen auch von vielen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren als Mittel der Auseinandersetzung und der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Von daher kann eine gezielte Zusammenarbeit zur gegenseitigen Bereicherung führen.

Die großen, regionalbezogenen Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitungen) sind sich im weit überwiegenden Teil der Problematik des Rechtsextremismus bewusst und berichten über entsprechende Vorfälle. Es ist auch festzustellen, dass die Medien über Projekte und Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung informieren. Allerdings ist auch zu beachten, dass es in der Logik der (Massen-)Medien liegt, ereignisbezogen zu sein. Leider findet die unspektakuläre Alltagsarbeit der engagierten Akteurinnen und Akteure nur punktuell einen Platz in den Medien. Für die Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms wäre eine verstärkte Einbeziehung von Medienvertreterinnen und -vertretern wünschenswert.

2.8 Sport

Die Geschäftsführung der SG Dynamo Dresden ist nach Angaben von Christian Kabs vom Fanprojekt Dresden „(...) soweit sensibilisiert, dass ‚rechtes‘ Verhalten als Problem erkannt wird und nun an dem Thema gearbeitet wird. Zum Beispiel wurde die Stadionordnung vom September 2007 um Verbote bestimmter Kleidungsarten und Symbole, die für ‚rechtes‘ Gedankengut stehen, erweitert. Außerdem gibt es verschiedene Aktionen von antirassistischen Faninitiativen, die das Fanprojekt und auch der Verein Dynamo Dresden unterstützen. Vom Verein ist die Bereitschaft da, Initiativen zu unterstützen, was als Erfolg gewertet werden kann.“²⁴

Der Bereich Sport wird nicht nur durch die Aktivitäten Dynamo Dresdens repräsentiert. Jugendliche wie Erwachsene sind vielfältig engagiert; die Sozialisationswirkungen der Vereine sind nicht zu unterschätzen.

Im Sport liegen große Potenziale zur interkulturellen Verständigung, Toleranzerziehung und Vermittlung ethischer und sozialer Werte und Normen. Kooperationsfähigkeit, Zusammenhalt und Demokratieverständnis werden durch das aktive und in der Regel gemeinschaftliche Sporttreiben gefördert. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den über 370 Sportvereinen der Landeshauptstadt Dresden ist dabei eine bestimmende Ressource. Themenbezogene und jede andere Sportveranstaltung unterstützen nachhaltig Prävention von Gewalt und Rassismus.

Tiefgehende Analysen sind in Zusammenarbeit mit Vereinen wie mit den Verbänden zu entwickeln - sei es als Situations- oder als Ressourcenanalysen.

²⁴ Zitiert nach: Eckpunkte für das Lokale Handlungsprogramm vom 10.07.2008.

3. Leitlinien des Lokalen Handlungsprogramms

Das Lokale Handlungsprogramm benennt Leitlinien, an denen sich die eigentlichen Ziele und Maßnahmen orientieren. Die Leitlinien formulieren einen für das Selbstverständnis der Landeshauptstadt wesentlichen Konsens und stellen die Grundsätze für alle Programme und Projekte dar, die sich mit dem Handlungsprogramm verbinden.

3.1 Für Demokratie, Solidarität und Toleranz in Dresden

Das wirksamste Mittel gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung ist ein selbstbewusstes Gemeinwesen, in dem Demokratie, Toleranz, Akzeptanz und Solidarität geachtet und befördert werden. Demokratie, Solidarität und Toleranz sind dabei nicht nur als Mittel zum Zweck zu betrachten, sondern sie sind als unersetzliche Grundlage für ein Zusammenleben in Dresden Weg und Ziel gleichermaßen. Demokratie, Solidarität, Toleranz und Akzeptanz sind im Sinne dieses Handlungsprogramms als Tätigkeiten und als Einstellungen zu verstehen.

Gemeinwesen verändern sich. Auch ohne rechtsextremistische Bedrohungen sind die Stärkung von Demokratie, Toleranz und Solidarität ständige Aufgaben einer Kommune in einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Landeshauptstadt Dresden und ihren Stadtteilen kommt dabei als Orte unmittelbaren Erlebens und unmittelbaren Zusammenlebens eine maßgebliche Verantwortung zu.

In Dresden sollen Demokratie, Solidarität und Toleranz praktiziert werden. Menschen soll durch Teilhabe und Mitbestimmung ein demokratisches und solidarisches Handeln und Selbstbewusstsein ermöglicht werden.

3.2 Für ein weltoffenes und tolerantes Dresden gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung

Das Selbstverständnis Dresdens als weltoffenes und tolerantes Gemeinwesen entspricht der internationalen und kulturellen Bedeutung der Landeshauptstadt. Eine Stadt, die in der Geschichte selbst immer wieder von Erfahrungen und Einflüssen Anderer profitiert hat, tut gut daran, „Fremde“ willkommen zu heißen und aus der Vielfalt der Kulturen zu lernen.

Für eine Stadt, die sich Demokratie, Toleranz und Solidarität verpflichtet, ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Rasse, ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihren körperlichen, geistigen, seelischen Beeinträchtigungen, ihrer Religionszugehörigkeit oder wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, mit Gewalt bedroht, verfolgt oder gar ermordet werden. Wo Judenverfolgungen und Holocaust deutliche Spuren hinterlassen haben, ist ein aktiver Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus geboten.

In Dresden soll eine Stadt erkennbar sein, die offen für unterschiedliche Sicht- und Lebensweisen ist, in der Religionsfreiheit und die wechselseitige Akzeptanz anderer Religionen gelebter Alltag sind und Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus konsequent entgegengetreten wird. Diskriminierendes und rassistisches Verhalten soll im öffentlichen Raum keinen Platz haben und verhindert werden, Vorurteile sollen abgebaut werden. Weltoffenheit und Solidarität sollen das Bild der Landeshauptstadt bestimmen.

3.3 Für ein friedliches Dresden gegen rechte Gewalt sowie Straftaten

Diskriminierung, Gewalt und politische/politisch motivierte Straftaten verhindern Demokratie und gefährden das soziale Miteinander.

Gegen rechtsextremistische Gewalt und Straftaten soll energisch vorgegangen werden, ohne Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Liberalität und Rechtsstaatlichkeit sind zu wahren. Eine Bekämpfung

fung des Rechtsextremismus, die Bürgerrechte ignoriert, arbeitet denen zu, die einen autoritären Staat wollen, die Demokratie und Menschenrechte bekämpfen.

Dieser Problematik muss sich eine Politik gegen rechtsextreme Gewalt und Straftaten bewusst sein, ohne deswegen auf entschiedenes und konsequentes Handeln zu verzichten.

Insbesondere sollen die von rechtsextrem motivierter Gewalt und Bedrohungen betroffenen Menschen, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, homosexuell orientierte Menschen, aber auch Obdachlose, Arme und anders denkende Jugendliche geschützt und unterstützt werden. Für die Bürgerinnen und Bürger Dresdens soll das Eingreifen in konkreten Bedrohungssituationen selbstverständlich werden: Überall und für alle sollen in Dresden Orte der Sicherheit und Zuflucht erreichbar sein.

3.4 Für ein couragiertes Dresden gegen organisierten Rechtsextremismus und rechte Subkultur

Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen und solidarischen Gemeinwesen können sich ihrer Verantwortung nicht an Wahlterminen entledigen. Eine starke Demokratie ist nur eine im Alltag gelebte Demokratie, die sich u. a. in der konkreten Auseinandersetzung mit denen zu beweisen hat, die die Rechte der Mitmenschen nicht wahren, sondern bedrohen. Dabei geht es nicht nur um die rechten Skins, die in der Straßenbahn Migrantinnen und Migranten beleidigen, denen in der akuten Situation mutig entgegenzutreten ist, sondern auch um das organisierte politische Engagement, das den neonazistischen und rechtsextremistischen Gruppen, Vereinen, Parteien und Subkulturen den öffentlichen und diskursiven Raum entzieht. Couragiertes Handeln, egal ob individuell oder kollektiv, setzt ein hohes Maß an Selbstbewusstsein und sozialer Sicherheit voraus.

Die Stadt Dresden will in allen Bereichen Rahmenbedingungen schaffen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern ein demokratisches Selbstbewusstsein ermöglichen. In der Wahrung kultureller Vielfalt und in der öffentlichen Anerkennung couragierten Handelns sollen die Bürgerinnen und Bürger jederzeit die nötige Unterstützung erhalten. Präsenz und Einfluss eines organisierten Rechtsextremismus und das Ausbreiten einer rechtsradikalen Jugendkultur und ihrer Symbole und Einstellungen sollen gestoppt werden.

3.5 Für Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur in Dresden

In Dresden kommt der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und seinen Verfechtern, insbesondere mit Alt- und Neonazis aus der Geschichte der Stadt heraus, eine besondere Bedeutung zu. Im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Dresdens, und weit darüber hinaus, hat die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 tiefgreifende Erinnerungsspuren hinterlassen. Jede politische Instrumentalisierung und jeder Missbrauch dieser Erinnerung soll verhindert werden. Die demokratischen Parteien betrachten es als ihre Pflicht, sich aktiv gegen den europaweitgrößten Naziaufmarsch am 13. Februar zu stellen.

Es ist für die Stadt eine Frage ihres Selbstverständnisses und ihres Selbstbewusstseins, die historischen Kontexte immer wieder öffentlich herzustellen und Formen des würdevollen Erinnerns und Gedenkens an die Opfer von Naziherrschaft und Krieg zu entwickeln. Gerade weil diese Verschränkung in Dresden so eng und unauflösbar ist, sollen sich die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürgern dieser besonderen Verpflichtung offensiv stellen. Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur - aber nicht nur bezogen auf den 13. Februar - sollen die Basis sein, auf der sich das Selbstverständnis als weltoffene und tolerante Stadt aufbaut. Der „Rahmen für das Erinnern“ bietet eine wichtige Grundlage dafür.

4. Ziele und Maßnahmen

Die im Folgenden benannten Ziele und Maßnahmen greifen die Leitlinien auf, konkretisieren sie für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, die Bekämpfung von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung und für die Förderung von Demokratie, Toleranz und Solidarität.²⁵ In seiner Gliederung folgt der Maßnahmenkatalog den Leitlinien.

Die Maßnahmen und Handlungsziele tragen unterschiedlichen Charakter. Zum einen geht es um die Stadtverwaltung selbst verpflichtende Maßnahmen, zum anderen um mögliche Maßnahmen, die freie Träger mit Projektideen aufgreifen können, die dann im Rahmen eines festgelegten Verfahrens finanziell unterstützt werden können.

4.1 Ziele und Maßnahmen für Demokratie, Solidarität und Toleranz in Dresden

Ziele

- Der politische Raum der Landeshauptstadt ist beispielgebend für andere Bereiche des städtischen Lebens. Hier ist besonders darauf zu achten, dass der Umgang mit dem Rechtsextremismus und der Geschichte der Stadt den in den Leitlinien formulierten Ansprüchen genügt.
- Das Selbstbewusstsein der Akteurinnen und Akteure im sozialen Nahraum soll gestärkt und ihre Handlungs- und Organisationsfähigkeit unterstützt werden.
- Zu den Themen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus wie zu Herausforderungen an eine Demokratieverziehung soll ein gemeinsames Verständnis gestärkt werden.
- Schulen und Kindertagesstätten sowie Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sind für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen maßgebende Lern- und Lebensorte. Sie sind nachhaltig als Orte demokratischen Handelns und couragierten Eintretens zu entwickeln.
- Pädagoginnen und Pädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie die Beschäftigten in öffentlichen Stellen zeigen hohe Sensibilität in Bezug auf Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen und fördern demokratisches Verhalten.

Maßnahmen

- Stadtverwaltung, Eltern- und Schülerververtretungen setzen sich dafür ein, dass konkrete Projekte und kontinuierliche Angebote insbesondere im Rahmen der Ganztagesangebote (GTA) zur Entwicklung einer partizipativen Lern- und Lebenskultur entwickelt und umgesetzt werden.
- Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erarbeitet für die Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Konzepte zur Einübung demokratischen Verhaltens in Kindertagesstätten und zur Förderung demokratisch-integrierender Haltungen.
- Es erfolgt eine verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte in den Ämtern/Einrichtungen der Stadtverwaltung Dresden zu interkultureller Kompetenz und zur Entwicklung Demokratischer Kompetenzen (Charakteristik Rechtsextremismus, Rassismus...).
- Der Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und ihrer Dienste/Einrichtungen wird konsequent umgesetzt.
- Bedarfsorientierte Angebote zur verstärkten Aus- und Fortbildung für Pädagoginnen/Pädagogen, Sozialarbeiter/-innen und für Beschäftigte öffentlicher Stellen sind zu entwickeln und anzubieten.
- Das Lokale Handlungsprogramm wird in den Stadtteilrunden aktiv aufgegriffen und in die Arbeit aller Akteure/Akteurinnen integriert.
- Ein systematisches Quartiersmanagement wird in allen Stadtteilen zur Identitätsförderung,

²⁵ Die Orientierung an den o. g. Leitlinien steht selbstverständlich auch für andere Bereiche kommunalen Handelns wie Wirtschaftsförderung oder Verkehrsplanung an. Das Ämternetzwerk (s. u. 5.1) bietet den Ort, die Leitlinien für verschiedene Ressorts und Handlungsfelder zu entwickeln.

- Solidarisierung und Vernetzung im Sozialen Nahraum angestrebt.
- Das Lokale Handlungsprogramm wird in die Programme zur Sozialen Stadt und weitere kommunale Planungen und Förderprogramme geschäftsbereichsübergreifend einbezogen.

4.2 Ziele und Maßnahmen für ein weltoffenes und tolerantes Dresden gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung

Ziele

- Die Öffentlichkeit ist für das Ausmaß und die Folgen von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu sensibilisieren.
- Begegnungen und Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und religiöser Überzeugungen sind zu befördern.
- Die gegenseitige Wahrnehmung von Behörden und Migrantinnen bzw. Migranten ist zu verbessern um so zum gegenseitigen Abbau von Vorurteilen und Stigmatisierungen beizutragen (auch im Rahmen der Polizei).
- Migrantinnen und Migranten sind bei der Bewältigung ihres Alltages zu unterstützen. Ihre Partizipationsmöglichkeiten sind auszubauen. Das Integrationskonzept 2009 ist konsequent umzusetzen.

Maßnahmen

- Es werden bedarfsgerechte thematische Fortbildungen für Multiplikatoren/Multiplikatorinnen seitens der Landeshauptstadt Dresden und den Trägern politischer Bildungsarbeit angeboten.
- Die Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung zu den Themen Bekämpfung des Rassismus, Leben in interkultureller Vielfalt, Migration, zum Erlernen demokratischer Verhaltensweisen u. a. werden verstärkt und gefördert.
- Kontakte zwischen Menschen unterschiedlichster Kulturen/Religionen werden durch die in Dresden ansässigen Vereine ausgebaut. Die Stadtverwaltung sensibilisiert Vereine und Verbände für eine interkulturelle Öffnung.
- Mediation, Konfliktschlichtung und Kommunikationstrainings werden in und für die Schulen ebenso wie für alle Interessierte angeboten. Es erfolgt eine Sensibilisierung der Fachkräfte gegen Diskriminierung.
- Die vorhandenen Bausteine und Medienpakete zu den Themen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, multikulturelle Gesellschaft werden weiterentwickelt. Diese Angebote können von Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiterer Multiplikatoren/Multiplikatorinnen für die Unterrichtsgestaltung, Veranstaltung von Projekttagen etc. abgerufen werden.
- Die im Integrationskonzept 2009 aufgeführten und vom Stadtrat beschlossenen Maßnahmen für die verbesserte Integration der Migrantinnen und Migranten in Dresden werden in allen elf Handlungsfeldern konsequent umgesetzt.
- Die Ausländerbehörde entwickelt ein neues Selbstverständnis als Dienstleister und setzt dieses um.
- Aufbauend auf die Maßnahmen in den Handlungsfeldern Sport und kulturelle Vielfalt des Integrationskonzeptes 2009 werden konkrete Maßnahmen zur Förderung von Demokratie, Solidarität und Toleranz sowie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung durch den Eigenbetrieb Sportstätten und Bäderbetrieb und das Amt für Kultur und Denkmalschutz entwickelt sowie umgesetzt.
- Die Stadtverwaltung wirbt bei Unternehmen für den Beitritt zur Bundesinitiative „Charta der Vielfalt“.
- Die rechtlichen Möglichkeiten auf kommunaler Ebene für die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern/Asylbewerberinnen und Geduldeten werden gemäß des Integrationskonzeptes 2009 im Rahmen des Ermessensspielraums ausgeschöpft.
- Zur Förderung einer weltoffenen Atmosphäre soll es mehrsprachige Ausschilderungen in der Stadt und Ansagen im ÖPNV geben.
- Die Entwicklung von Anti-Diskriminierungsvereinbarungen in Betrieben und Vereinen wird befördert. Anti-Diskriminierungsschulungen werden angeboten.

- Der interreligiöse Dialog wird gefördert, um Islamophobie sowie Antisemitismus und vergleichbare religiös-gesellschaftliche Diskriminierungsformen abzubauen.
- Staatliche Behörden und Institutionen schulen ihre Beschäftigten verstärkt zum Abbau von unterschweligen Vorurteilen und Stigmatisierungen.

4.3 Ziele und Maßnahmen für ein friedliches Dresden gegen rechte Gewalt und Straftaten

Ziele

- Von Gewalt und fremdenfeindlichen Übergriffen bedrohte Bevölkerungsgruppen - beispielsweise Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, anders denkende Jugendliche, homosexuell orientierte Menschen, Obdachlose, und behinderte Menschen - sollen vor gewalttätigen Überfällen geschützt (Prävention) und in oder nach Übergriffen unterstützt werden (Intervention/Reaktion).
- Die Reaktionsfähigkeit und Reaktionswilligkeit der Menschen in Dresden ist ein entscheidender Maßstab für die Potentiale eines demokratischen Gemeinwesens. Es ist nötig, auf rechtsextremistisch motivierte Gewalt unmittelbar, konkret und abgestimmt zu reagieren.
- Die Entsolidarisierung von rechtsextremistisch motivierten Täterinnen und Tätern ist zu befördern und das öffentliche Zeigen von Zivilcourage positiv zu würdigen.
- Zur Unterstützung der konkreten Maßnahmen muss eine positive öffentliche Würdigung erfolgen. Wenn jemand in einer konkreten Gewaltsituation im öffentlichen Raum für das Opfer schützend eingegriffen hat, muss dies gewürdigt werden. Langfristig gesehen sollte das Bild entstehen, dass es normal und selbstverständlich ist, sich einzumischen.

Maßnahmen

- Besonders gefährdeten Gruppen sollen Maßnahmen zu Strategien gewaltfreier Konfliktlösung, zur Selbstverteidigung und zum Empowerment (Selbstverantwortung / Selbstbestimmung) angeboten werden.
- Die Möglichkeiten der Opferberatung sollen ausgebaut und über ihre Tätigkeit muss besser informiert werden.
- Medien und Politik würdigen und unterstützen couragierte Bürgerinnen und Bürger nachdrücklich. Die öffentlichen Stellen beziehen im Zweifel (über die Zuordnung einer Straftat zum Bereich politisch motivierte Kriminalität) Position für die Opfer und ihre Anwälte.
- Polizei und Staatsanwaltschaft ordnen Gewalttaten mit fremdenfeindlichen Aspekten konsequent der Fremdenfeindlichkeit zu und nicht den sonstigen Gewalttaten. Dies ist in der Öffentlichkeit auch eindeutig so zu benennen.
- Die Orte besonderer Gefährdung werden eruiert und ein konkretes Sicherheitskonzept entwickelt.
- Die Orte besonderer Gefährdung werden von der Polizei in einer angemessenen Form gesichert.
- Für die unmittelbare Reaktion auf rechtsextremistisch motivierte Gewalt wird durch die Steuerungsgruppe ein Kriseninterventionsteam gebildet.

4.4 Für ein couragiertes Dresden gegen organisierten Rechtsextremismus und rechte Subkultur

Ziele

- Die demokratischen Mitglieder im Stadtrat, in den Ortschaftsräten und Beiräten betonen die demokratischen Gemeinsamkeiten gegenüber rechtsextremistischen Parteien und Personen. Sie machen die demokratiefeindlichen Vorstellungen der rechtsextremistischen Parteien und Personen in kritischer Weise öffentlich.
- Rechtsextremismus ist nicht nur ein Jugendproblem. Daher ist der Blick über die Jugendlichen hinaus auf alle Altersgruppen zu richten.
- Die demokratischen Potentiale der Kinder und Jugendlichen sind zu befördern und zu stär-

ken. Information durch und Reflexion mit professionellen Pädagoginnen und Pädagogen sind dabei ebenso wichtig wie Handlungsräume und -möglichkeiten.

Maßnahmen

- Mindestens einmal pro Jahr versammeln sich die Mitglieder der demokratischen Parteien/Wählervereinigungen des Stadtrats und der Ortschaftsräte zu einem Erfahrungsaustausch und veröffentlichen eine gemeinsame Stellungnahme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.
- Die Stadtverwaltung bewirbt sich bei der Initiative der Bundesregierung um den Titel „Orte der Vielfalt“ und unterzeichnet die „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Teilnahmevoraussetzung).
- Fachkräfte aus Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe entwickeln klare Umgangsweisen mit rechtsextremistischer Gesinnung und rechter Subkultur. Die Regelungen/Richtlinien werden in gemeinsamen Fortbildungen erarbeitet und dokumentiert. Die Richtlinien bestimmen den öffentlichen Umgang mit Rechtsextremismus und rechter Subkultur und sollen daher auch in der Elternarbeit thematisiert werden.
- Der situative Ansatz innerhalb der offenen Kinder- und Jugendarbeit bezogen auf die Zusammenarbeit mit heranwachsenden jungen Migrantinnen und Migranten und in Reaktion auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung wird weiter professionalisiert.
- Die außerschulische Jugendbildung wird intensiviert. Es erfolgt eine Verbesserung der Ressourcenausstattung.
- Die Stadtteilrunden der Kinder- und Jugendhilfe werden mit der Schulpädagogik und dem Bereich der Elementarerziehung verknüpft. Die Themen des Handlungsprogramms werden in gemeinsamen pädagogischen Tagen bearbeitet.
- Die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ hält Informationsmaterialien für Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Verbände, Institutionen und Betriebe bereit. Sie vermittelt und koordiniert Weiterbildungen ebenso wie Beratungsleistungen.
- Räume und Einrichtungen, in denen eine partizipative, demokratische und integrierende Jugendkultur Raum findet, werden finanziell und/oder ideell gefördert und als beispielgebend öffentlich gewürdigt.
- In Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren Vereinen und Verbänden werden partizipative, demokratische und integrierende Haltungen entwickelt und befördert.
- Es sind konkrete Maßnahmen für die Eindämmung rechtsextremistischer Anschauungen und latenter Fremdenfeindlichkeit bei Erwachsenen zu entwickeln.

4.5 Ziele und Maßnahmen für Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur

Ziel

- Die Förderung eines historisch-kritischen Bewusstseins, das auch Formen des Gedenkens, des Trauerns aber auch des Feierns einschließt, ist eine zentrale Aufgabe der Landeshauptstadt Dresden. Insbesondere im Zusammenhang mit der Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 wird der Kontext mit der nationalsozialistischen Verantwortung für den Krieg, Rassismus und Gewalt betont.

Maßnahmen

- Die Repräsentanten/Repräsentantinnen der Stadtverwaltung und ihrer Gremien nehmen ihre Verantwortung in der Arbeit wahr, indem sie, gegebenenfalls in Sondersitzungen und öffentlichen Veranstaltungen, die demokratischen Traditionen der Stadt im Kontrast zu antidemokratischen und diktatorischen Bestrebungen thematisieren und als Verpflichtung für zukünftiges Handeln herausstellen.
- Die Landeshauptstadt pflegt die kritische Präsentation ihrer Geschichte nicht nur im Umgang mit dem 13. Februar, sondern nutzt auch andere öffentliche Veranstaltungen (wie z. B. das jährliche Stadtfest), um ein Geschichtsbewusstsein ihrer Bürgerinnen und Bürger

zu befördern, das die Zeiten von Gewaltherrschaft und Diktatur nicht ausspart und Erfahrungen von Zivilcourage, Demokratie, Solidarität, Versöhnung und Toleranz heraushebt. In Schulen und Bildungseinrichtungen soll dieses differenzierte Verständnis der deutschen Geschichte durch geeignete Projekte gefördert werden.

- Die Landeshauptstadt gedenkt am 13. Februar aller Opfer des Nationalsozialismus und verhindert den Missbrauch der Bombenopfer durch rechtsextremistische Gruppen und Personen.
- Die rechtlichen Möglichkeiten auf kommunaler Ebene für die Eindämmung/das Verbot rechtsextremistischer Aufmärsche werden konsequent ausgeschöpft.
- Der Stadtrat beruft eine sachkundige Kommission zur Entwicklung eines Konzepts für die kommunale Gedenkkultur und Erinnerungsarbeit in Dresden.

4.6 Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms

Ziele

- Im Rahmen der Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms sollen nicht nur professionelle Akteurinnen und Akteure einbezogen werden. Die Aktivierung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern - insbesondere auch mit Migrationshintergrund - sind von entscheidender Bedeutung, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.
- Die Maßnahmen des Lokalen Handlungsprogramms sollen effektiv und effizient umgesetzt werden, deshalb bedarf es einer abgestimmten Steuerung und Sicherung des Umsetzungsprozesses.
- Auf allen entwickelten Ebenen - vom Ämternetzwerk und der Steuerungsgruppe über die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ bis hin zu den Akteurinnen und Akteuren - ist nicht auf viele punktuelle Einzelaktivitäten, sondern auf die Entwicklung von abgestimmten spezifischen Strategien und Maßnahmen, die Toleranz, Solidarität und Demokratie in Dresden stärken, zu achten. Sie sollen ineinander greifen und für eine nachhaltige Stärkung demokratischer Potenziale sorgen. Notwendig dafür ist ein struktureller „Knotenpunkt“, in dem sich die verschiedenen Maßnahmen und Akteure/Akteurinnen vor Ort treffen und verknüpft werden. Einen solchen Ort bietet - neben den im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms geförderten Projekten - das Bündnis „Dresden für Demokratie“.
- Die Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Akteurinnen und Akteuren soll ressortübergreifend gestärkt und der Informationsfluss optimiert werden. Mehr Transparenz kann neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzeigen.

Maßnahmen

- Es werden ein Ämternetzwerk, eine Steuerungsgruppe und eine „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ eingerichtet.
- Die Stadtverwaltung/der Stadtrat soll ein jährliches Budget von 150.000 Euro zur Finanzierung des Lokalen Handlungsprogramms bereitstellen.²⁶ Es ist anzustreben, dass Förderungen von EU, Bund und Land (z. B. „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“) den Finanzrahmen ergänzen.
- Informationen, Erkenntnisse und Handlungskonzepte zum Themenkomplex werden den professionellen und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere aus Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft (Kammern, Verbände und Gewerkschaften), Stadtverwaltung, Verbänden, Vereinen und Initiativen, durch ein umfassendes und koordiniertes Fortbildungsangebot, das die Kompetenzen aller vereinigt, zugänglich gemacht.
- Innerhalb des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ werden bei Bedarf Plattformen für den internen fachlichen Diskurs im Umgang mit Rechtsextremismus angeboten.

²⁶ Darlegung des Finanzbedarfs in Fußnoten ab 5.2

4.6.1 Projekte/Maßnahmen und deren Förderung im Lokalen Handlungsprogramm

Ziel

- Die Erfahrungen der Vorbereitungsphase und in der Arbeit des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ zeigen, dass bereits die Vernetzung einen Fortschritt bedeutet. Für die weitere Zusammenarbeit sind die Projektarbeit und verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten zielführend.

Maßnahmen

- Im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms können Projekte und Maßnahmen finanziell und ideell gefördert werden.
- Neben den Projekten und Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele dieses Handlungsprogramms in Angriff genommen werden, werden auch Mikroprojekte (Förderbedarf bis 500,00 Euro) gefördert.
- Für die Mikroprojekte wird der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ ein Budget zur Verfügung gestellt. Über die Förderung umfassender Projekte entscheidet die Steuerungsgruppe.
- Projekte und Maßnahmen, die bereits oder künftig durch entsprechende Bundes- und/oder Landesprogramme gefördert werden, sind - soweit möglich - in das Lokale Handlungsprogramm einzubinden.
- Die Werkstattgespräche sollen systematisch fortgesetzt werden, um zu einer umfassenden gemeinsamen Einschätzung der Situation, zur Fortschreibung des Handlungsprogramms und vor allem zur Aktivierung und Koordinierung der Akteurinnen und Akteure zu gelangen.

4.6.2 Fundierte Situationsanalysen zum Rechtsextremismus

Ziele

- Zur Entwicklung von produktiven Handlungsmöglichkeiten in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gehört eine präzise Kenntnis seiner konkreten, d. h. auch lokalen, Herausforderungen, Bezüge, Akteure/Akteurinnen und Praxen. Die Situationsanalysen sind zu vertiefen. Die Fortschreibung der Situationsanalyse ist Bestandteil des Handlungsprogramms selbst.
- Es sind spezifische Handlungsfelder (z. B. die öffentliche Verwaltung oder der Bereich von Schule, Bildung und Kinder- und Jugendhilfe) sowie die einzelnen Stadtteile und maßgebende Handlungsorte genauer zu betrachten. Dabei geht es um eine kritische Bewertung der Lage, der Maßnahmen und der wesentlichen Akteure/Akteurinnen.
- Die Stadtverwaltung unterstützt und fördert wissenschaftliche Untersuchungen, die sich bei lokalem Bezug kritisch mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung beschäftigen. Das konkrete Wissen der Akteurinnen und Akteure um die lokalen Hintergründe des Rechtsextremismus wird damit vermehrt und erlaubt angemessene Strategien der Auseinandersetzung. Im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms wird eine jährliche thematische wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt.

Maßnahmen

- Die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ setzt die Situationsanalyse fort; sie erreicht dabei:
 - Validierung der qualitativen und quantitativen Datenlage
 - Verbreiterung des Expertinnen-/Expertenpools und kontinuierliche Befragung
 - flächendeckende Sozialraumanalysen
 - präzisere Erkenntnisse zu vorhandenen rechten Strukturen
 - klare Dokumentation der Handlungsherausforderungen wie demokratischen Aktionen zu den in Dresden wichtigen Tagen im Jahreslauf
 - systematische Erschließung von Zielgruppen, Handlungsfeldern und Akteuren/Akteurinnen
 - Stärken-Schwächen-Analysen für die Handelnden
- Koordiniert durch die Steuerungsgruppe finden Workshops als Hearings mit lokalen Exper-

tinnen und Experten statt. Von Interesse ist eine stärkere Systematisierung, die sich an Zielgruppen oder Problemfeldern, aber auch an Stadtteilen orientieren kann. Die Hearings können als Plattformen in den Stadtteilen durchgeführt werden.

- Die Steuerungsgruppe erarbeitet jährlich ein Thema für einen Forschungsauftrag und schreibt ihn aus (Jahresstudie). Dabei ist darauf zu achten, dass in den Projektbeschreibungen ein produktiver Transfer der Ergebnisse in die Öffentlichkeit und in die Praxis gewährleistet ist. Es werden jährlich von der Landeshauptstadt Dresden 10.000,00 Euro für eine wissenschaftliche Untersuchung zur Verfügung gestellt; im folgenden Jahr werden die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit in geeigneter Form präsentiert.

4.6.3 Ressourcenentwicklung

Ziel

- Plattformen, wie zum Beispiel Konferenzen oder Veranstaltungen in den Sozialräumen, zu den Themen des Lokalen Handlungsprogramms sollen der Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger (auch mit Migrationshintergrund), aber auch der Fortbildung und Vernetzung der Akteurinnen und Akteure, die in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern engagiert sind oder im Stadtteil leben, dienen.

Maßnahmen

- Im Rahmen der Situationsanalyse wie der Ressourcenentwicklung werden durch die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ unter Rückgriff auf das Ämternetzwerk Konferenzen und Veranstaltungen in den Sozialräumen durchgeführt. Sozialraumbezogen erfolgt so die Aktivierung interessierter Bürgerinnen und Bürger in Vermittlung mit der Präsentation der Angebote, Ziele und konkreten Maßnahmen des Lokalen Handlungsprogramms.
- Der Erhebungsbogen zur Ressourcenanalyse wird durch die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ überarbeitet und eingesetzt. Regelmäßige Abfragen erfolgen.
- Die Ergebnisse werden in einer elektronischen Datenbank zusammengefasst, aus der Ansprechmöglichkeiten, Handlungsfelder und Kompetenzen sichtbar werden. Die Daten stehen in elektronischer Form der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Sie werden aber auch regelmäßig in Druckform veröffentlicht.
- Die Datenbank wird Basis einer Informations- und Kommunikationsplattform, mit der Aktive und Interessierte die im Zusammenhang zum Lokalen Handlungsprogramm stehenden Themen und Aktivitäten im Internet kommunizieren können. Der Zugriff sollte offen, die Seite mehrsprachig und barrierefrei sein.

4.6.4 Prozessfortschreibung

Ziele

- Die Aktivitäten, die in Dresden im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms entfaltet werden, sollen öffentlich und überregional kommuniziert werden. Ziele und Maßnahmen werden zur Diskussion gestellt und regelmäßig evaluiert.
- Von besonderer Bedeutung ist es, dass Akteurinnen und Akteure im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms gemeinsame Themen nicht nur diskutieren, sondern konkrete Projekte erarbeiten, in denen die unterschiedlichen Ressourcen einfließen.

Maßnahmen

- Es wird zu thematischen Workshops mit überregionalen Themen und überregionaler Beteiligung eingeladen.
- Die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ und die Steuerungsgruppe beteiligen sich bei den überregionalen Angeboten im Rahmen der Programme von Bund und Ländern.
- Jährliche Programmkonferenzen, die vom Bündnis „Dresden für Demokratie“ im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms durchgeführt werden, haben daher nicht nur ein thema-

tisches Interesse, sondern formulieren ein konkretes, i. d. R. übergreifendes Anliegen, das gemeinsam verfolgt wird und den Schwerpunkt der Arbeit des folgenden Jahres darstellen kann.

- Im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms können Jahresschwerpunkte gebildet oder gemeinsame programmatische Aktivitäten, wie z. B die im Rahmen der vorbereitenden Workshops diskutierte „Aktion Noteingang“, verabredet werden.
- Die Leitlinien, Ziele und Maßnahmen des Lokalen Handlungsprogramms werden regelmäßig fortgeschrieben. Basis für die Fortschreibung sind neben den Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure sowie der Steuerungsgruppe und der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ die Ergebnisse der Evaluation.

5. Ämternetzwerk, Steuerungsgruppe und „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“

5.1 Aufbau eines Ämternetzwerkes

Das Lokale Handlungsprogramm sieht die Stadtverwaltung selbst und die weiteren im Themenfeld beteiligten staatlichen Stellen in einer besonderen Rolle im Engagement für Demokratie, Solidarität und Toleranz in Dresden, in der Förderung zivilgesellschaftlicher und bürgerschaftlicher Strukturen sowie im entschiedenen Eintreten für Recht und gegen Diskriminierung und politisch motivierte Gewalt. Die Stadtverwaltung und ihre Ämter haben durch ihren unmittelbaren Kontakt zu den Menschen, die in Dresden leben und Leistungen der Verwaltung in Anspruch nehmen, eine Fülle von Möglichkeiten im Alltagshandeln und in direkter Kommunikation für die Ziele des Lokalen Handlungsprogramms einzutreten und Demokratie, Solidarität und Toleranz spürbar zu machen. Die Ämter der Stadtverwaltung beteiligen sich daher aktiv an der Entwicklung, Implementierung und Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms. Sie bilden dazu ein Netzwerk, das sich regelmäßig trifft und dem verbindlich benannte Vertreterinnen und Vertreter relevanter Ämter und Funktionsbereiche - z. B. Büro der Oberbürgermeisterin, Sozialamt, Ordnungsamt, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Ausländer- und Integrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Amt für Kultur und Denkmalschutz sowie relevante staatliche Stellen (Polizei, Bildungsagentur, Landesamt für Verfassungsschutz u. a.) - angehören. Die Mitglieder des Netzwerks sind Ansprechpartner/-innen der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“. Die Fachämter unterstützen die Entwicklung und Umsetzung von Einzelprojekten im Rahmen dieses Lokalen Handlungsprogramms mit Ressourcen und Fachkompetenz. Aus dem Ämternetzwerk werden vier Vertreterinnen und Vertreter in die Steuerungsgruppe gewählt.

5.2 Berufung einer Steuerungsgruppe

Es wird eine Steuerungsgruppe gebildet, die die Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms begleitet und auf den Ebenen Situationsanalyse, Ressourcenanalyse und Maßnahmenentwicklung fortschreibt. Auf der Grundlage des Lokalen Handlungsprogramms entscheidet die Steuerungsgruppe, welche Einzelprojekte gefördert werden sollen und welche Fördermittel in welcher Höhe an wen vergeben werden.²⁷ Dazu wird eine Förderrichtlinie erarbeitet und nach Maßgabe der Berichte der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ fortgeschrieben. Die Steuerungsgruppe kann ihrerseits Mittel bündeln, Schwerpunktprojekte bilden und zur Umsetzung ausschreiben. Die Steuerungsgruppe räumt der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel ein Budget zur Förderung von Mikroprojekten (max. je 500,00 Euro) ein und nimmt die Berichte der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ dazu entgegen.²⁸ Die Steuerungsgruppe trifft die Entscheidung über Themen und Ausschreibung der wissenschaftlichen Untersuchungen („Jahresstudien“) und verantwortet die regelmäßige Evaluation des Lokalen Handlungsprogramms.²⁹ Die Steuerungsgruppe hat elf Mitglieder. Ihr gehören vier Vertreterinnen und Vertreter des Ämternetzwerkes und sechs Vertreterinnen und Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen an. Letztere werden von der Mitgliederversammlung des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ gewählt. Den Vorsitz in der Steuerungsgruppe führt die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden oder eine von ihr bestimmte Vertreterin bzw. ein von ihr bestimmter Vertreter. Die „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ fungiert als Geschäftsstelle der Steuerungsgruppe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachstelle nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Die Steuerungsgruppe tagt in der Regel alle drei Monate.

²⁷ Erforderlich ist ein jährliches Budget von min. 50.000 Euro zur Förderung von Einzelprojekten.

²⁸ Erforderlich ist ein jährliches Budget von min. 10.000 Euro zur Förderung von 20 bis 30 Mikroprojekten.

²⁹ Für die wissenschaftliche Arbeit, die sich im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms vor allen in den Jahresberichten und in der Evaluation widerspiegelt, sollten 10 Prozent der Gesamtprojektkosten veranschlagt werden. Erforderlich ist ein jährliches Budget von mindestens 10.000 Euro.

5.3 Aufbau und Arbeit einer „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“

Um die Maßnahmen des Lokalen Handlungsprogramms umzusetzen und die Umsetzung zu dokumentieren, wird eine „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“ eingerichtet. Zu deren Aufgaben gehören:

- Steuerung der Implementierung und Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms
- die Wahrnehmung der Geschäftsstellenfunktion für die Steuerungsgruppe und für das Bündnis „Dresden für Demokratie“,
- Beratung von Projektträgern
- Begleitung der Projekte bei der Umsetzung von Maßnahmen
- Koordinierung und Abstimmung der verschiedenen Projekte
- Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse und die Berichterstattung
- Vermittlung und ggf. auch das Angebot von Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Gewährleistung einer Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Jugend für Vielfalt“, des Programms „Weltoffenes Sachsen“ sowie ggf. weiterer Programme und mit Koordinierungsstellen anderer Kommunen
- Vergabe von Fördermitteln für Mikroprojekte
- Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitung (Evaluation) des Lokalen Handlungsprogramms
- Berichterstattung zur Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms
- Beteiligung an Situationsanalyse, Ressourcenanalyse und Maßnahmenentwicklung
- Erstellung einer Gesamtdokumentation

Die Aufgaben der Fachstelle werden einem freien, gemeinnützigen Träger übergeben. Es soll sich dabei um einen Träger handeln, der über professionelle Erfahrungen in dem Arbeitsgebiet verfügt, der eine positive Reputation bei den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren genießt und auch verwaltungstechnisch in der Lage ist, Projekte dieser Größenordnung verlässlich abzuwickeln.

Der Träger der Fachstelle wird in einem Ausschreibungsverfahren ermittelt, indem eine Aufgabenspezifikation, ein Organisationsplan sowie ein Kostenplan verlangt werden. Der Umfang der Aufgaben macht deutlich, dass die Fachstelle über ein Personalkostenbudget für insgesamt 2 Vollzeitstellen verfügen sollte.³⁰

³⁰ Erforderlich ist ein jährliches Budget von min. 80.000 Euro zur Finanzierung der Arbeit der „Fachstelle zur Förderung von Zivilcourage, Toleranz und Demokratie“.

6. Das Lokale Handlungsprogramm als Prozess

6.1 Diversität und Gender Mainstreaming

Die Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms sollte den Zielen entsprechen und Demokratie befördern, Solidarität und Toleranz praktizieren und Diskriminierungen vermeiden. Prozesse der politischen Bildung haben in besonderer Weise mit der Diversität der Menschen und ihrer Lebenslagen zu tun. Insbesondere sind die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen in allen Entscheidungsprozessen und auf allen Handlungsebenen zu beachten, um Benachteiligungen von vornherein zu vermeiden (Gender Mainstreaming). Die Arbeitsgremien (Ämternetzwerk, Fachstelle und Steuerungsgruppe) sollen Maßnahmen entwickeln, die sowohl eine Sensibilität für Geschlechterverhältnisse schaffen, als auch das Wissen über Strukturen der Geschlechterverhältnisse erweitern, die Kenntnisse zur Situation von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern und über geschlechtsspezifische Zugänge und Methoden in der Arbeitsweise mit den Zielgruppen zu erwerben und zu vertiefen. Bei der Vernetzungsarbeit ist ein hoher Anspruch an die Moderation zu stellen. Durch die methodisch bewusste und -kritische Herangehensweise sollen Dominanzen, Eigendarstellungen und Gruppierungen vermieden werden und jedem Akteur/jeder Akteurin - unabhängig der Herkunft und Geschlecht - ein gleichwertiger Aktionsraum eröffnet werden. Von daher wird eine verbindliche Zusammenarbeit mit in Fragen des Gender Mainstreaming erfahrenen Organisationen, Einrichtungen und Personen ausdrücklich angestrebt.

Die Diversitätsperspektive wird eines der Qualitätsmerkmale für die im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms umzusetzenden Projekte sein. Auf die entsprechende Ansprache der Menschen und die Durchführung der Maßnahmen im Rahmen des Lokalen Handlungsprogramms wird besondere Aufmerksamkeit gerichtet.

6.2 Controlling und Evaluation

Das vorgesehene Controlling zur Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms erfolgt in enger Zusammenarbeit der Fachstelle mit der Steuerungsgruppe und den lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren/Akteurinnen.

Ein wichtiges Instrumentarium des Controllings ist die Festlegung des Auswahlverfahrens, sowohl für die Förderung von Projekten durch die Steuerungsgruppe als auch bei der Förderung der Mikroprojekte durch die Fachstelle. Projektanträge und Konzeptionen werden dahingehend überprüft, ob sie der Umsetzung der Zielstellungen des Lokalen Handlungsprogramms entsprechen. Angebote der lokalen Träger werden auf eine adäquate Zielgruppenorientierung begutachtet. Dabei wird besonders auf die Einhaltung der Ansprüche des Diversity-Gedankens und des Gender Mainstreaming geachtet. Die Rahmenbedingungen der Veranstaltungen werden in den Dimensionen Zeit, Raum und Sache begutachtet. Die zu vermittelnden Inhalte werden in enger Zusammenarbeit mit den ausführenden Trägern in Bezug zu den Leitlinien des Lokalen Handlungsprogramms sowie den Vorgaben des Bundesprogramms überprüft. Die zur Vermittlung der Inhalte verwendeten Methoden werden von der Fachstelle und den lokalen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gemeinsam unter pädagogischen bzw. didaktischen Gesichtspunkten überprüft und bearbeitet. Die Fachstelle unterstützt den Erfahrungsaustausch zwischen den Projekten und mit anderen Kommunen. Die Steuerungsgruppe schreibt eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms in Form einer formativen Evaluation für einen Zeitraum von jeweils zwei Jahren aus. Das in der Ausschreibung verlangte Evaluationskonzept sollte Beschlussgrundlage für die Steuerungsgruppe sein. Institute oder Personen, die mit der Evaluation des Lokalen Handlungsprogramms und seiner Projekte beauftragt wurden, sollten in der Regel nicht mit weiteren wissenschaftlichen Aufgaben im Projektzusammenhang betraut werden.

Eine demokratische Kultur muss sich entwickeln. Städte verändern sich. Nicht zuletzt deshalb ist, wie im Rahmen der vorbereitenden Workshops verdeutlicht wurde, das Lokale Handlungsprogramm selbst als Prozess zu verstehen. Dazu gehört nicht nur, dass sich der Prozess nach Maßgabe seines Erfolgs in Frage stellen und verändern können muss. Die Prozessorganisation sollte auch ermöglichen, dass neue Akteure/Akteurinnen hinzukommen und dies, insbesondere wenn die institutionelle Absicherung fehlt und Bürgerinnen und Bürger sich direkt engagieren wollen, aktiv unterstützen. Die kommunale Politik muss diesen Prozess unterstützen, indem sie sich an der Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms beteiligt und dafür Sorge trägt, dass die Auseinandersetzung mit den lokalen Erscheinungen des Rechtsextremismus nicht zu einer Stigmatisierung führen, sondern als Beiträge zu einer Verbesserung der Lebensqualität einer ganzen Stadt gesehen, anerkannt und unterstützt werden.

Anhang

Anhang 1:

Übersicht über den Prozess der Erarbeitung des Lokalen Handlungsprogramms

Datum	Aktion
12.12.2006	Gründung des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ aus über 80 Verbänden, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen; Schwerpunkte der Arbeit sind: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung der Zivilcourage ▪ Eintreten für demokratische Wertevorstellungen ▪ Informations- und Aufklärungsveranstaltungen ▪ politische Bildung, u. a. Workshops für kommunale Verantwortungsträger, Foren zu Gewalt und gewaltfreier Konfliktlösung sowie Antirassismussarbeit ▪ eine jährliche Veranstaltung im Rahmen des Gedenkens zum 13. Februar, die sich gegen den Missbrauch dieses Datums und gegen Geschichtsfälschung richtet und ein Zeichen für Toleranz, Frieden und Demokratie setzt ▪ Durchführung einer jährlichen Diskussionsveranstaltung über demokratische Grundwerte und ihre Situation in Dresden
21.12.2006	Bewerbung der Landeshauptstadt Dresden (Federführung: Jugendamt) für das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ im Bereich „Lokal integrierte Strategien – LAP“ - Vorhaben gelangt nicht zur Förderung
08.02.2007	Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Landeshauptstadt Dresden zum Bündnis „Dresden für Demokratie“.
09.05.2007	Förderantrag der Landeshauptstadt Dresden beim Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ der Sächsischen Staatsregierung mit der Veranstaltungsreihe „DemokratieWerk Stadt“ (in Kooperation mit riesa efau) - Vorhaben wird nicht gefördert.
22.11.2007	Die Jahresversammlung des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ bestätigt den ersten Entwurf eines Lokalen Handlungsprogramms als Diskussionsgrundlage für die weitere Arbeit und bittet den Sprecherkreis, die weitere Erarbeitung zu koordinieren; vier weitere Bündnismitglieder (NDC, PJR, riesa efau, Freundeskreis Synagoge) wirken ab sofort in diesem Prozess mit (sog. erweiterter Sprecherkreis).
21.12.2007	Die Landeshauptstadt Dresden beantragt beim Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ der Sächsischen Staatsregierung die Förderung der Erstellung eines „Lokalen Handlungsprogramms für die Stärkung von Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus in Dresden“ (Leitlinien, Maßnahmeplan, Umsetzungskonzept) in einem kooperativen Beteiligungsverfahren (Koordination im Büro des Oberbürgermeisters) - Förderantrag wird am 06.03.2008 bewilligt.
23.01.2008	Das Vorhaben „Erarbeitung eines Lokalen Handlungsprogramms“ wird in der Arbeitsgruppe für Demokratie und Toleranz des Kriminalpräventiven Rates vorgestellt; die Mitglieder bitten die Stadtverwaltung, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.
23.04.2008	Der erweiterte Sprecherkreis lädt die Bündnismitglieder zur Beteiligung an den vorgesehenen Workshops ein. Weitere Partnerinnen und Partner werden gezielt angesprochen und durch den Oberbürgermeister um Mitwirkung gebeten.
23.05. und 27.06.2008	Durchführung von zwei Workshops mit ca. 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter externer Begleitung des apfe-Instituts zur Erstellung des LHP Dresden.

- 25.08.2008 Dem erweiterten Sprecherkreis liegt im Ergebnis der Workshops ein erster Entwurf einer Beschlussvorlage für die Bündnisversammlung vor, die weiter redaktionell abgestimmt wird, mit dem Ziel, dieses Dokument innerhalb des Bündnisses weiter zu diskutieren, in der Jahresversammlung 2008 mit der Maßgabe zu beschließen, dass dieser Plan der Oberbürgermeisterin zur abschließenden verwaltungsinternen Prüfung und Bestätigung durch den Stadtrat übergeben wird,
- 11.09.2008 Der Stadtrat beschließt mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 die Bereitstellung von jeweils 150 TEUR für die Umsetzung des Lokalen Handlungsprogramms.
- 28.08.2009 Öffentliche Anhörung der Mitglieder des Bündnisses „Dresden für Demokratie“ zum nochmals überarbeiteten Entwurf im Dresdner Rathaus, ca. 35 Personen nutzten diese Möglichkeit.

Anhang 2: Übersicht über vorliegende Zuarbeiten zur Ressourcenanalyse (Stand 04.07.2008)

- Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Dresden
- Bürger.Courage e. V.
- Christlicher Verein Junger Menschen Dresden e. V./Jugendtreff „Upstairs“
- Freundeskreis Dresdner Synagoge e. V.
- HATiKVA - Bildungs- und Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e. V.
- IN VIA, Katholische Mädchensozialarbeit Diözesanverband Dresden-Meißen e. V./Mädchentreff Lucy
- Jugendtreff Oase e. V. Dresden
- Jugendverein Roter Baum e. V.
- Kirchen, vertreten durch Stadtjugendpfarramt
- Kreissportbund Dresden e. V.
- Kulturbüro Dresden, Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit e. V.
- Kulturbüro Sachsen e. V.
- Landeshauptstadt Dresden mit Zuarbeiten von BOB, Ausländerbeauftragter, Gleichstellungsbeauftragter, GB Ordnung und Sicherheit/KPR, Jugendamt, Mitarbeiterfortbildung, Amt für Kultur und Denkmalschutz, Sozialamt
- Netzwerk für Demokratie und Courage e. V./Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V./Projektleitung NDC Sachsen
- Ökumenisches Informationszentrum Dresden e. V.
- Ortschaftsrätin Schönfeld-Weißig/Grüne, Erfahrungen im Stadtteil Pappritz
- OUTLAW gemeinnützige Gesellschaft für Kinder- und Jugendhilfe mbH, Mobile Jugendarbeit Friedrichstadt
- Politischer Jugendring Dresden e. V., Idemos – Jugendinitiative für ein demokratisches Sachsen
- RAA Sachsen e. V. Opferberatung Dresden
- Sächsische Bildungsagentur - Regionalstelle Dresden
- Sächsischer Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e. V
- SG Dynamo Dresden e. V./Fanprojekt
- Sportmittelschule Dresden, vertreten durch Schulleiterin
- Sprecherkreis der Dresdner Stadtteilrunden/Diakonie Pieschen
- Stadtjugendring Dresden e. V./Kinder- und Jugendhaus Gorbitz
- Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Stadtratsfraktion SPD
- Vertreter Hotellerie/Tourismus
- Volkssolidarität Dresden e. V.